

GEDENKDIENTST

Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog

1/2013 64. Ausgabe



Schwerpunktausgabe zur österreichischen Gedenkkultur 2013

Zu spät?!

Ein Denkmal für homosexuelle NS-Opfer lässt in Wien weiter auf sich warten

Seit Jahren wird in Wien immer wieder über ein Denkmal in Erinnerung an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus diskutiert – bisher ohne Ergebnis. Im Folgenden wird der Frage, warum – acht Jahre, nachdem von Seiten der Stadtregierung die Wichtigkeit eines solchen Gedenkortes bekundet wurde und auch eine Reihe von Schritten zur Realisierung gesetzt wurden – nach wie vor kein dauerhaftes Denkmal für diese Opfergruppe in Wien existiert, nachgegangen. Die Forderung, ein solches Denkmal rasch umzusetzen, schließt sich daran an. Welchen Anforderungen ein Entwurf für einen Gedenkort gerecht werden sollte oder könnte, kommt ebenfalls zur Sprache.

Als Homosexuelle verfolgte Personen galten noch Jahrzehnte nach Ende des ‚Dritten Reichs‘ nicht als Opfer des NS-Regimes. Da homosexuelle Handlungen in Österreich bis 1971 unter Strafe standen, wurden vom NS-System wegen ihrer Homosexualität verfolgte Personen in der Zweiten Republik nicht nur nicht entschädigt, sondern als rechtmäßig verurteilte Straftäter_innen betrachtet. Schätzungen zufolge wurden zwischen 1933 und 1945 10.000 bis 15.000 Männer als Homosexuelle inhaftiert und mit dem Rosa Winkel gebrandmarkt. Etwa die Hälfte überlebte die Internierung nicht. Über die Auswirkungen der antihomosexuellen NS-Politik auf Frauen ist die Forschung indes nach wie vor uneins, da keine systematische Verfolgung homo-

sexueller Frauen gegeben war und die Diskriminierungsformen hier schwieriger zu fassen und zu belegen sind. Über die Lebenssituation und über die Verfolgung von Transgender-Personen im Nationalsozialismus ist kaum etwas bekannt; dies stellt ein Forschungsdesiderat dar.¹

Erst durch jahrelanges Engagement und auf Druck von Homosexuellen-Initiativen konnte 1984 die weltweit erste Gedenktafel für diese Opfergruppe in der Gedenkstätte Mauthausen eingeweiht werden und erst im Jahr 2005 wurden Homosexuelle in die Liste der verfolgten Gruppen des Opferfürsorgegesetzes aufgenommen. Es zeigt sich also, dass es nach 1945 nicht nur eine Kontinuität der strafrechtlichen Verfolgung, die etwa in Form eines Vereinsverbots bis in die Mitte der 1990er Jahre andauerte, gab, sondern sich auch die gesellschaftliche Diskriminierung nach 1945 fortsetzte.

Zur Vorgeschichte des Denkmals

Im sogenannten *Gedankenjahr 2005*, das die Feierlichkeiten zu 60 Jahre Zweite Republik, 50 Jahre Staatsvertrag sowie zehn Jahre EU-Beitritt in einem groß angelegten Jubiläumsjahr vereinen sollte, hieß es nun erstmals, Wien solle ein *Mahnmal für homosexuelle und transgender Opfer des Nationalsozialismus* erhalten. Die Wiener Stadtregierung ließ dafür auf Initiative des Stadtrats für Kultur und Wissenschaft, Andreas Mailath-Pokorny, und der damaligen für Antidiskri-

minierung zuständigen Stadträtin, Sonja Wehsely, einen internationalen Wettbewerb ausschreiben, der im Rahmen von *Kunst im öffentlichen Raum Wien (KÖR)* veranstaltet wurde und zu dem sieben Künstler_innen eingeladen wurden. Als Ort für das geplante Denkmal war der Morzinplatz, also der historische Ort, an dem die Gestapo-Leitstelle ihren Sitz hatte, gewählt worden, an dem sich bereits das *Denkmal für die Opfer des Faschismus* befindet. Ein eigens eingesetztes *Community Board* mit Vertreter_innen von lesbisch-schwulen und Transgender-Einrichtungen in Wien wurde zwar in den Diskussionsprozess über die vorgelegten Wettbewerbsbeiträge miteinbezogen, die Entscheidung oblag allerdings einem von KÖR eingesetzten Beirat.

Im Jahr 2006 wurde der Siegerentwurf der Öffentlichkeit präsentiert: Der Künstler Hans Kupelwieser, der bereits verschiedene Denkmale zur Erinnerung an den Nationalsozialismus entworfen hatte (etwa das Denkmal *Standpunkt Geschichte* (2004) zur Erinnerung an die ehemalige Hietzinger Synagoge oder das Mahnmal auf dem Jüdischen Friedhof in Krems (1995)), hatte mit seinem Entwurf *Rosa Platz* den Wettbewerb für sich entscheiden können. Das Projekt sah ein 400 Quadratmeter großes Bassin mit rosa eingefärbtem Wasser vor, durch das sich der Schriftzug „QUE(E)R“ als Relief ziehen sollte. Einerseits sollte die

Inhalt

Zwischen Erinnern und Vergessen?	3
Deserteure vor dem Kanzleramt ...	4
Heldenplatz – Ballhausplatz	5
Ein Plädoyer für die Gegenwart ...	6
Beispiele aus den Bundesländern 7–10 vor.gelesen Rezensionen	11
Ankündigungen und Veranstaltungshinweise	12

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Diese Ausgabe von *GEDENKDIENTST* trug den Arbeitstitel „Österreichische Gedenkkultur 2013 – Bestandsaufnahme, Analyse, Ausblick“. Im Sinne dieses Arbeitstitels versammeln wir nun in einer zwölf Seiten umfassenden Schwerpunktausgabe – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – eine Reihe von Beiträgen zu unterschiedlichen Themen, Aspekten und Fragestellungen.

Im Leitartikel von Elisa Heinrich wird der Frage nachgegangen, warum es bis dato, nach einem vielversprechenden Versuch der Stadt Wien vor einigen Jahren, immer noch keinen Erinnerungsort für im Nationalsozialismus verfolgte Homosexuelle gibt. Dem schließt sich die Forderung an, ein solches Denkmal endlich umzusetzen. Im Weiteren werden verschiedene Themen und aktuelle Entwicklungen nachgezeichnet: Ein Artikel von Marius Weigl geht der Frage nach, wie Roma und Sinti heute in der österreichische Gedenklanschaft repräsentiert sind und welche Vorbehalte heute noch anzutreffen sind, wenn es an die Umsetzung von Projekten geht. Mit zwei Beiträgen widmen wir uns einem zentralen Ort österreichischer Geschichte und Erinnerung: Magnus Koch beschreibt die Genese des Deserteursdenkmals, das nun am Ballhausplatz entstehen soll und Heidemarie Uhl die Neukontextualisierung des Heldenplatzes im Spannungsfeld geschichtspolitischer Kämpfe, die bis heute andauern. Der Beitrag von Hannah Landsmann und Daniele Karasz, verfasst aus der Perspektive der Vermittlung, widmet sich am Beispiel Wiens schließlich der Frage, wie mit Gedenkort pädagogisch gearbeitet werden kann. Mit drei sehr unterschiedlichen Beispielen aus den Bundesländern runden wir den Schwerpunkt ab: Peter Pirker beschreibt in seinem Artikel das letzten Herbst eröffnete Denkmal für NS-Opfer im Oberen Drautal, der Künstler Ernst Logar spricht in einem Interview mit *GEDENKDIENTST* über seine Auseinandersetzung mit der *Belgierkaserne* in Graz und Christine Jost befasst sich anhand von vier Beispielen mit aktuellen Entwicklungen der Vorarlberger Gedenkkultur.

Viel Interesse beim Lesen wünscht Ihnen

Adina Seeger
Chefredakteurin *GEDENKDIENTST*

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Farbe Rosa an die Stigmatisierung homosexueller Männer in Konzentrationslagern durch den *Rosa Winkel* und die spätere Aneignung der Farbe durch die Schwulenbewegung der 1970er Jahre erinnern. Andererseits sollte – wie es in der Jurybegründung hieß – durch die Wahl des stark von Tourist_innen frequentierten Orts „ein deutliches ästhetisches Statement für die Offenheit einer mitteleuropäischen Metropole formuliert“² und durch die ebenerdige Gestaltung ein „Treffpunkt, Ort der Kontemplation oder ganz einfach ein angenehmes Nass für strapazierte Füße“³ geschaffen werden.

Die Auswahl des Entwurfs löste unterschiedliche Reaktionen, vor allem auch Kritik vonseiten verschiedener Teile des erwähnten *Community Boards*, aber auch anderer Aktivist_innen und Interessierter, aus:⁴ so wurde die Größe des Beckens problematisiert, die in keinem angemessenen Verhältnis zu Gedenkorten für andere Opfergruppen stünde, besonders im direkten Vergleich zum ebenfalls am Morzinplatz aufgestellten, relativ klein gehaltenen *Denkmal für die Opfer des Faschismus*. Auch wurde die Frage nach der Sinnhaftigkeit und Legitimität des aus dem angloamerikanischen Raum kommenden Begriffs *queer* im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Opfer des NS-Regimes aufgeworfen, da die Bedeutungsverschiebung, die der Begriff von der diffamierenden Bezeichnung hin zur selbstbewussten Aneignung erfahren hat, im deutschsprachigen Raum nicht nachvollziehbar sei und vielleicht gar nicht verstanden werde. Ebenso wurde überlegt, ob der Einsatz der Farbe Rosa bei gleichzeitiger Verwendung des Begriffs *queer*, der landläufig mit schwulen Identitäten assoziiert wird, nicht zum Unsichtbarmachen lesbischer Frauen beitragen würde.

Generell wurde aber vor allem kritisiert, dass die Vertreter_innen des *Community Boards* zwar kurze Kommentare zu den Entwürfen abgeben konnten, es aber untersagt war, sich untereinander darüber auszutauschen. Problematisiert wurde außerdem, dass sich die *Stadt Wien* zu keinem Zeitpunkt einer öffentlichen Diskussion gestellt hatte.

Als Termin für den Baubeginn wurde zunächst Sommer 2007 angekündigt. Doch dieser Sommer und weitere Monate verstrichen ohne dass offiziell zum nicht erfolgten Baubeginn oder dem Grund der Verzögerung Stellung genommen wurde. Auf Anfrage wurden „technische und künstlerische Detailfragen“, die noch zu klären seien, genannt, und mitgeteilt, die Fertigstellung werde für das Jahr 2008 erwartet.⁵

Im Frühjahr 2008 wurde schließlich öffentlich, dass Kupelwiesers Projekt nicht umgesetzt werden würde. Nach vielen Sitzungen mit der Verwaltung, die Bedenken wegen der Verträglichkeit des für das Wasser vorgesehenen Farbstoffs gehabt habe, sei es zu dieser Entscheidung gekommen, so der Künstler. Aus dem Büro von Kulturstadtrat Mailath-Pokorny hieß es, dass keine alltagstaugliche Farbe gefunden werden konnte und der Entwurf in seiner ursprünglichen Form damit nicht verwirklicht werden könne.

In den nächsten Monaten folgten in den Medien widersprüchliche Aussagen darüber, bis wann oder ob überhaupt Kupelwieser mit einem Folgeauftrag oder einer Abänderung des ursprünglichen Entwurfs beauftragt werde und wann dieser präsentiert werden solle. Auch eine

Neuausschreibung in Zusammenhang mit einer Neugestaltung und Sanierung des Morzinplatzes stand im Raum.

Temporäre Installationen anstelle eines Denkmals?

Im Jahr 2010 wurde die Öffentlichkeit darüber informiert, dass statt eines dauerhaften Denkmals für homosexuelle und Transgender-Opfer des NS-Regimes temporäre Kunstprojekte auf dem Morzinplatz entstehen sollten. Mit einer wöchentlich für die Dauer einer Stunde eingerichteten Installation der Künstlerin Ines Doujak mit dem Titel *Mahnwache*, die bis zum Oktober 2010 zu sehen war, wurde die Reihe künstlerischer Interventionen eröffnet. Seit Juli 2011 wurde die Pflanzeninstallation *ZU SPÄT* von Carola Dertnig gezeigt, die, aus besonders widerstandsfähigen Pflanzen geschaffen, „als mahnender, an viele Versäumnisse erinnernder Aufruf zu lesen“⁶ sein kann, wie es in der Beschreibung heißt. Mitte Mai wird mit dem Projekt *Schwule Sau* von Jakob Lena Knebl schließlich die bereits dritte Installation auf dem Morzinplatz vorgestellt, in der über die Aneignung abwertender Begriffe wie ‚schwule Sau‘ oder ‚Mannweib‘ „den Bezeichnungen die verletzende Schlagkraft“⁷ entzogen werden soll.

Trotz dieser temporären Bespielung gibt es von offizieller Seite immer wieder Ankündigungen, es werde ein neuer Anlauf für ein Denkmal gemacht. So wird derzeit an einem Leitbild zur Umgestaltung von Schwedenplatz und Morzinplatz gearbeitet und in diesem Zusammenhang weiterhin auch ein Denkmal in Aussicht gestellt. Ebenso wird berichtet, dass der ursprüngliche Standort aus technischen Gründen nicht geeignet sei und deshalb ein anderer Ort zur Realisierung gefunden werden müsse.⁸ Dass es tatsächlich möglich ist, einen technisch nicht umsetzbaren Denkmalsentwurf für einen technisch nicht verantwortbaren Standort zu prämiieren, hätte die *Stadt Wien* damit bewiesen.

Die Diskussion darüber, ob der Morzinplatz überhaupt ein geeigneter Ort für ein solches Denkmal ist, könnte in diesem Fall neu geführt werden. Als ein Ort, der durch die Erinnerung an die Täter_innen geprägt ist und von dem Bedrohung und Verfolgung für die Opfergruppe ausging, eignet er sich einerseits gut als Gedenkort. Andererseits könnte das Denkmal aber ebenso an einem historischen Ort homosexueller Subkultur entstehen: damit würden die Verfolgten in ihren Lebenswelten und -praxen in den Mittelpunkt gerückt werden. Zugleich müsste aber darauf geachtet werden, durch eine solche Ortswahl den Blick nicht auf eine bestimmte Form gelebter Sexualität zu verengen und zugleich andere Formen, Orte und Praxen auszublenden. Zentral für die Standortwahl muss selbstverständlich auch die Frage sein, ob das Denkmal an dem für ihn vorgesehenen Ort für viele Menschen sichtbar ist und es die Möglichkeit gibt, sich damit auseinanderzusetzen.

Über die Kategorie Geschlecht nachdenken

Doch die Frage des Orts ist nicht die einzige, die bei einer Neuausschreibung relevant sein müsste. Ein neuer Anlauf könnte sich ebenso – vielleicht inspiriert durch die Debatten um die ursprünglich fehlende Repräsentation lesbischer Frauen im Berliner *Denkmal für die im*

Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen – mit der Frage nach einem Gedenken auseinandersetzen, das nicht nur die anti-homosexuelle Politik des NS-Regimes thematisiert, sondern auch Geschlechterverhältnisse reflektiert. Gerade hinsichtlich der Gruppe der homosexuellen NS-Opfer ist eine solche Reflexion zentral, denn während homosexuelle Männer massiver strafrechtlicher Verfolgung bis hin zu Internierung und Ermordung in Konzentrationslagern ausgesetzt waren, wurden homosexuelle Frauen im Großteil des ‚Dritten Reichs‘ – allerdings mit Ausnahme der ‚Ostmark‘ – nicht strafrechtlich verfolgt. Dennoch waren sie ähnlichen repressiven Maßnahmen wie der Überwachung und Schließung von Lokalen, der Zwangsauflösung von Vereinen und dem Verbot von Zeitschriften sowie der ständigen Möglichkeit, denunziert zu werden, ausgesetzt. Im ehemaligen Österreich war die Situation, wie erwähnt, anders: hier blieb auch nach dem ‚Anschluss‘ der Paragraf 129 I lit. b StG 1852 in Kraft, der die ‚Unzucht zwischen Personen gleichen Geschlechts‘ und damit auch zwischen Frauen unter Strafe stellte, auch wenn Männer zahlenmäßig wesentlich intensiverer Verfolgung ausgesetzt waren. Gerade weil also in Wien die Verfolgung lesbischer Frauen möglich war und inzwischen auch belegt ist, muss ein zukünftiges Denkmal auch dieser Gruppe gerecht werden, anstatt sie unter männliche Erfahrungswelten zu subsumieren.

Was soll und kann ein Denkmal leisten?

Das Gedenken an diese Opfergruppe sieht sich also generell der Herausforderung gegenüber, einen Umgang mit der Differenz zwischen jenen, derer gedacht werden soll, zu entwickeln, ohne die Opfer entweder zu ‚analogisieren‘ oder ihre Unterschiede zu hierarchisieren. Eine historische Genauigkeit, die verständlich und kommunizierbar bleibt, ist daher unerlässlich und, zugegebenermaßen, eine komplexe Anforderung an ein Denkmal. Gerade deshalb scheint ein Konzept, das viel Information und Wissen zu diesem Themenkomplex bereitstellt und die Möglichkeit zur Interaktion und Reflexion ein-

schließt, wichtig. Ebenso zentral wäre, dass der Prozess der Entscheidungsfindung nicht hinter verschlossenen Türen, sondern für Interessierte offen und transparent ablaufen sollte. Der Wettbewerb könnte beispielsweise von Diskussionsveranstaltungen, Workshops und aktivistischen Interventionen begleitet werden und damit ein Grundstein für eine dauerhafte Auseinandersetzung mit dem Gedenkort in Wien gelegt werden.

Denn nur so kann ein Denkmal über seine Materialität hinaus wachsen.

Elisa Heinrich

hat Geschichtswissenschaft und Genderstudien in Wien studiert und ihre Abschlussarbeit über identitätspolitische Fragen im Gedenken an homosexuelle NS-Opfer verfasst. Seit März ist sie als Doktorandin in einem Projekt zur Erinnerungs- und Erfahrungsgeschichte der *Südtiroler Option 1939* am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck tätig.

1 Bemerkenswert ist, dass die Stadt Wien in ihrem Mahnmals-Vorschlag (siehe weiter unten) diese Personengruppe, zumindest namentlich, berücksichtigen möchte.

2 http://www.publicartvienna.at/files/11_j.html, 08.03.13 (Jurybegründung auf *Kunst im öffentlichen Raum*).

3 <http://www.publicartvienna.at/files/11.html>, 08.03.13 (Projektbeschreibung ebd.).

4 Vgl. dazu das Protokoll „Queer in rosa Farben“ - Diskussionsveranstaltung zum ‚Rosa Platz‘ im W23 am 02.04.2008 (<http://queer.raw.at/veranstaltungen/saison2007bis2008/queer-in-rosa-farben/>, 27.02.2013) und Marty Huber, Hurra, ein pinkes Pinkebecken! Zum Denkmal für lesbischschwule und transgender Opfer des Nationalsozialismus in Wien, in: *Kulturrisse* 03/10 (2006), 62-63.

5 Vgl. Email der Antidiskriminierungsstelle der Stadt Wien an die Verfasserin vom 16.08.2007, Betreff: „Ihre Anfrage Frage zum L-S-TG-Mahnmal Morzinplatz (WA 150/07)“.

6 <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/schwedenplatz/pdf/gedaechtnisareal-2.pdf>, 08.03.13.

7 <http://www.koer.or.at/cgi-bin/page.pl?id=418;lang=de> (25.04.13).

8 Vgl. Peter Traschkowitsch, Mahnmal für homosexuelle Opfer?, in: <http://www.freiheitskaempfer.at/site-new/kaempfer/pdf/Jahrgang%202012%20Quartal%202.pdf>, 08.03.13.

Offenlegung

Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: GEDENKDIENTST – Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog (ZVR-Zahl: 934402937)

Vorstand: Adalbert Wagner (Obmann), Linda Erker (stv. Obfrau), Lukas Meissel (stv. Obmann), Matthias Kopp (Schriftführer), Nadine Tauchner (stv. Schriftführerin), Johann Karl Kirchknopf (Kassier), Andreas Flaig (stv. Kassier), Markus Kinschner (stv. Kassier), Alexander Cortés, Sassan Esmailzadeh, Tobias Haider, Olivia Kaiser-Dolidze, Nikolai Moser, Adina Seeger, Philipp Selim

Geschäftsführung: Isabella Riedl

Sitz: Margaretenstraße 166, 4. Stock, 1050 Wien

Unternehmensgegenstand: Der Verein GEDENKDIENTST ist eine parteipolitisch wie konfessionell unabhängige

Non-Profit-Organisation. Die Vereinstätigkeit umfasst historisch-politische Bildungsarbeit sowie die Entsendung von Freiwilligen und Zivildienstleistenden an Forschungszentren, Gedenkstätten, Opferbetreuungseinrichtungen und pädagogische Institutionen.

Grundlegende Richtung: Die vierteljährlich erscheinende Zeitung *GEDENKDIENTST* ist Organ des Vereins GEDENKDIENTST – Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog. Sie befasst sich in erster Linie mit Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus sowie dessen Ursachen und Folgen; darüber hinaus auch mit Faschismus, Rassismus und Antisemitismus. Dabei stehen die Rolle Österreichs im Nationalsozialismus und die daraus resultierenden Entwicklungen im Mittelpunkt des Interesses. Zudem dokumentiert *GEDENKDIENTST* die Aktivitäten des Vereins.

Zwischen Erinnern und Vergessen?

Im Gespräch mit Prof. Rudolf Sarközi, Obmann des *Kulturvereins Österreichischer Roma*, über österreichische Erinnerungskultur anno 2013

Am 27. Jänner jährte sich die Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee zum 68. Mal. Dieser Tag gilt seit dem 3. Oktober 1996 in der Bundesrepublik Deutschland als *Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus* und ist ein staatlicher Gedenktag. Während dieser Tag seit 2005 auch international als Gedenktag begangen wird, war man in Österreich diesbezüglich eher zögerlich – bis heute ist es kein staatlicher Gedenktag. In diesem Jahr setzte das Bündnis *Jetzt Zeichen setzen!* auf Grund dessen zum zweiten Mal eine Gedenkveranstaltung am Heldenplatz für diesen Tag an. Mit dieser Gedenkfeier und besonders mit weiteren Veranstaltungen stellte man sich auch gegen den *Akademikerball*, die Nachfolgeveranstaltung des Balls des *Wiener Korporationsrings (WKR)*, einem Verband (schlagender) Burschenschaften. Diesem Ball, der einem Treffen des rechten österreichischen und europaweiten Milieus in elegantem Gewand gleichkommt und dieses Jahr am 1. Februar abgehalten wurde, sollte ein Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechts extremismus entgegengesetzt werden. Kurz zuvor, am 25. Jänner, gedachte das Österreichische Parlament mit der Uraufführung der Oper *Spiegelgrund* von Peter Androsch der Opfer der NS-Verbrechen. Sowohl Antisemitismus, als auch die Verfolgung von politisch Andersdenkenden und die eugenisch begründeten Morde wurden dabei thematisiert. Eine Gruppe, die in der NS-Vernichtungspolitik von einem spezifischen Verfolgungsapparat enteignet, deportiert, ausgebeutet und ermordet wurde, wurde nicht explizit erwähnt: im sogenannten ‚Zigeunerlager‘ oder auch ‚Zigeunerfamilienlager‘ in Auschwitz-Birkenau wurden Burgenlandroma, Sinti, Manouches, Lovara und Kalderaš und andere als ‚Zigeuner‘ ermordet. Keine Vertretung dieser Gruppe wurde zu Gedenkveranstaltungen eingeladen.

Erinnerung an die im Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti – einige aktuelle Beispiele aus Österreich

Am 24. Oktober 2012 wurde in Berlin das *Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas* im Rahmen einer Gedenkveranstaltung eingeweiht. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte nicht nur die historische Verantwortung, sondern auch ein Entgegenwirken gegen den aktuellen Antiziganismus in Europa. Ein politisches Doppelgesicht, welches seinesgleichen sucht, denn der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) setzt sich seit Oktober 2012 für eine schärfere Vorgehensweise gegen Roma aus Südosteuropa ein. Diese würden Asylmissbrauch betreiben und sollten abgeschoben werden.¹

Und wie gestaltet sich die Erinnerungskultur in Österreich?

Österreichische Roma und Sinti wurden als ‚Zigeuner‘ und als erste geschlossene Gruppe im Jänner 1942 im Vernichtungslager Kulmhof/Chelmo ermordet, nachdem sie im November 1941 in das Ghetto von Łódź deportiert worden waren. 5.007 Menschen – ältere Personen, Frauen und über die Hälfte Kinder –

wurden über Fürstenfeld, Hartberg, Matersburg, Rotenturm und Oberwart mit der Bahn verschleppt, niemand überlebte. Mit dem burgenländischen Zwangsarbeitsmodell und dem ‚Zigeunerlager‘ Lackenbach hatte diese Vernichtungspolitik einen österreichischen Stempel. Daher sind lokale und regionale Erinnerungsorte von hoher Bedeutung. Sie zeigen, dass die Vertreibungen, Deportationen und Ermordungen nicht *weit weg* passierten. In Österreich gibt es lokale Gedenkstätten, wie etwa in Lackenbach, Salzburg und Villach. In Wien gibt es den Romaplatz, den Lovara- sowie den Sintiweg im 21. und den Barankapark im 10. Wiener Gemeindebezirk. Einige Erinnerungsorte sind bekannt – andere kaum. Doch wie hält es sich mit der Frage nach einem bundesweiten Erinnerungstag oder einem nationalen Denkmal, mit dem der im Nationalsozialismus als ‚Zigeuner‘ ermordeten gedacht werden könnte? Für Prof. Rudolf Sarközi, Obmann des *Kulturvereins Österreichischer Roma (KV Roma)*, fällt dieser österreichweite Gedenktag auf den 5. Mai, die Befreiung von Mauthausen. Im Grunde sei es inzwischen ein internationaler Gedenktag, weil Delegationen aus allen Ländern, aus denen Menschen nach Mauthausen deportiert wurden, auch am Mahnmal für die Roma und Sinti zahlreich Blumenschmuck niederlegen – teilweise mit militärischem Ehren, wie Sarközi erklärt. „Man hat auf uns nicht vergessen, aber man muss sich auch darum bemühen, nicht vergessen zu werden.“ Wie etwa im Fall eines Mahnmals in Salzburg,² das jahrzehntelang nicht berücksichtigt worden war und viele nicht einmal wussten, wofür es steht. Seit zehn Jahren organisiert der KV Roma, seit Kürzerem zusammen mit dem *Verein Ketani* aus Linz, eine Gedenkveranstaltung. Schulen werden in die jährlich stattfindende Gedenkveranstaltung eingebunden: Schüler*innen singen Lieder und tragen Verse vor – „sie wissen warum’s geht, und das ist ganz wichtig“, betont Sarközi.

In Buchkirchen (Oberösterreich) erwirkte die Zusammenarbeit zwischen dem *Verein Ketani* und dem KV Roma im vergangenen Jahr, dass dort

Der *Kulturverein Österreichischer Roma (KV Roma)* wurde 1991 gegründet. Auf eine Initiative des Vereins, in Zusammenarbeit mit dem *Verein Roma aus Oberwart* und mit dem *Wiener Verein Romano Centro*, wurde im Zuge einer parlamentarischen Anhörung im Unterausschuss für Volksgruppen des Verfassungsausschusses am 2. Juli 1992 erwirkt, dass die *Volksgruppe der Roma* am 16. Dezember 1993 als eine nationale Minderheit anerkannt wurde.

Die jahrelange politische Arbeit von Prof. Rudolf Sarközi, Gründungsmitglied und Obmann des KV Roma, trug zur Wahl der Roma als Vertreter im Volksgruppenbeirat bei.

Weitere Informationen:

<http://www.kv-roma.at/>
KV Roma, Hg., Vom Rand in die Mitte. 20 Jahre Kulturverein Österreichischer Roma, Oberwart 2011.

ein Mahnmal errichtet werden wird. Die Entscheidung dafür war von den Gemeindepolitiker*innen einstimmig getroffen worden, jedoch hatte man sich nicht auf einen Aufstellungsort einigen können. „Ich bin dagegen“, so Sarközi, „dass irgendwo im Rathaus hinter einem Gummibaum oder einer Schlingpflanze eine Gedenktafel aufgehängt wird, dann hat sie zwar ihren symbolischen Zweck erfüllt, aber es registriert keiner.“ Letztendlich sollen zwei Gedenksteine auf der Hauptstraße Richtung Kirche vor einem Altersheim eingelassen werden. Der Großteil der Bevölkerung geht diesen Weg fast täglich. Prof. Sarközi resümiert:

„Es ist heute nach wie vor möglich, Gedenkstätten zu errichten – nur muss man dahinter sein. Das Wesentliche ist: in Österreich ist es nun einmal so, dass man auf Kriegerdenkmäler mehr Wert legt, solange sich nicht eine Interessensgruppe – ob das die Freiheitskämpfer, Opferverbände, die ÖVP-Kameradschaft oder der KZ-Verband ist – dafür einsetzt.“

2012 wurde in Weiz am Weizberg (Steiermark) eine Gedenkstätte errichtet. Neben anderen war die kürzlich verstorbene Ceija Stojka dabei federführend. Das Denkmal stellt eine durchbrochene Achse eines Waggons auf zwei Schienen dar, als Zeichen des Lebens wurde daneben ein Kirschbaum gepflanzt. Es ist eine einfache Gedenkstätte, in der die Täter und die Deportationen durch die Bahn symbolisiert werden. Ähnlichkeit zum Mauthausener *Denkmal der Roma und Sinti* lässt sich erkennen, bei dem eine Schiene ebenfalls eine wesentliche Rolle spielt.

Vertuscht, verdrängt und vergessen

Anders liegt der Fall in Kemeten (Burgenland): hier ist ein Gedenken bis heute nicht möglich. Von den mehr als 200 Kemeter Roma kamen nur fünf nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Die meisten wurden über Lackenbach oder direkt aus dem Ort nach Łódź deportiert, 47 in Auschwitz-Birkenau ermordet. Diese Geschehnisse hätten durch eine Neugestaltung der Gemeindechronik, eine Stahlskulptur aus Metallplatten, erwähnt werden sollen. Es wurde schon eine Einigung erzielt, aber plötzlich war es wieder aus. Sarközi bringt es auf den Punkt: „Ich lasse nicht zu, dass unsere Opfer beleidigt werden! Ich habe Verständnis, wenn alles seine Zeit braucht, dass man darüber reden und Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.“ Aber die politischen Entscheidungen in Kemeten sprechen dafür, dass eine Erinnerung an die ermordeten Roma und Sinti bis heute nicht überall in Österreich möglich ist.

Die Gedenkstätte Lackenbach als quasi-nationales Denkmal

Eine regionale Gedenkstätte, die für Österreich zentral wurde, befindet sich in Lackenbach, wo das größte ‚Zigeunerlager‘ des NS-Regimes errichtet wurde. Seit 1990 findet jedes Jahr im Herbst eine Gedenkveranstaltung mit Repräsentant*innen des Bundeslandes und der Republik Österreich statt. Ein mediales Echo verzeichnet aber weder die Gedenkveranstaltung in Lackenbach

noch jene in Mauthausen. Das jährliche Gedenken an die vier ermordeten Burgenlandroma, die 1995 in Oberwart durch eine Sprengfalle von Franz Fuchs starben, erfährt im Gegensatz dazu wesentlich mehr Aufmerksamkeit. Die Frage, ob diese Gedenkveranstaltung eine Art Ersatz für einen österreichweiten Gedenktag sei, verneint Prof. Sarközi jedoch.

Abschließend äußert er den Wunsch, dass beim Gedenken an die Befreiung von Auschwitz am 27. Jänner in den kommenden Jahren auch an das ‚Zigeunerlager‘ in Auschwitz-Birkenau erinnert werden möge.

In diesem Punkt ist Prof. Sarközi vollumfänglich zuzustimmen. Jedoch müssen den politischen Forderungen, dass aus der historischen Verantwortung heraus gegen Antiziganismus aktiv vorgegangen werden müsse, wie bei öffentlichen Gedenkfeiern oft betont wird, auch Taten folgen. Abgesehen von einem Fingerzeig auf die EU-Mitgliedsstaaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien sowie auf andere Staaten in Ost- und Südosteuropa, wird Gegenteiliges forciert: Eine immer drastischere Abschiebepolitik in Frankreich, Deutschland, Österreich und Italien gegen sogenannte Armutsflüchtlinge aus Osteuropa; in Österreich Bettelverbote sowie Verbote sich im öffentlichen Raum aufzuhalten. Dass zunehmend restriktive Politik und Diskriminierung gegen ärmere soziale Schichten eben auch viele Roma trifft, zeigt offen das Doppelgesicht einer postnazistischen Gesellschaft.

Marius Weigl

Historiker, arbeitet derzeit an einem Dissertationsvorhaben über Antiziganismus in Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg an der *Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (IFF)* in Wien.

¹ Vgl. Heribert Prantl, *Damals ermordet, heute verfolgt*. Süddeutsche.de vom 24. Oktober 2012, <http://www.sueddeutsche.de/politik/denkmal-fuer-sinti-und-roma-damals-ermordet-heute-verfolgt-1.1504526> (07.03.2013); Friedrich betont „Schwachstellen“ in Bulgarien und Rumänien, Süddeutsche.de vom 7.3.2013, <http://www.sueddeutsche.de/politik/diskussion-um-schengen-erweiterung-friedrich-betont-schwachstellen-in-bulgarien-und-rumaenien-1.1618174> (07.03.2013).

² In der Stadt Salzburg wurde am 14. Dezember 1985 zur Erinnerung an das ‚Zigeunerlager‘ Maxglan an seinem ersten Standort, dem Gelände einer Pferderennbahn, heute Ignaz-Rieder-Kai, ein Mahnmal errichtet. Aus einem symbolisierten Schornstein flackert eine flammenartige Hand in den Himmel empor.

„Die Fenster des schönen alten Palais am Ballhausplatz [...] warfen oft noch spät abends Licht in die kahlen Bäume des gegenüberliegenden Gartens [...]. Denn so wie der heilige Josef den gewöhnlichen Zimmermann Josef durchdringt, durchdrang der Name ‚der Ballhausplatz‘ den dort stehenden Palast mit dem Geheimnis, eine des halben Dutzends mysteriöser Küchen zu sein, wo hinter verhängten Fenstern das Geschick der Menschheit bereitet wurde.“

Aus: Robert Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*

Deserteure vor dem Kanzleramt

Ein Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz am Ballhausplatz

Am 12. Oktober 2012 verkündeten Kulturstadtrat Mailath-Pokorny und *Grünen*-Klubchef David Ellensohn die Entscheidung: Das Denkmal für die Verfolgten der NS-Militärjustiz wird am Ballhausplatz entstehen. Im Dezember 2010 hatte sich die rot-grüne Regierung in Wien darauf geeinigt, den Deserteuren, ‚Wehrkraftzersetzer‘ und ‚Kriegsverräter‘ ein würdiges Gedenken bereiten zu wollen. Rund ein Jahr trafen sich in der Magistratsabteilung 7 (Kultur) Fachleute aus Kultur, Verwaltung, Politik und Geschichtswissenschaft, um über Fragen der Widmung des Denkmals, eines geeigneten Standorts und der späteren Nutzung zu beraten.

25 Standortvorschläge: Personenkomitee kämpft für den Heldenplatz

Als zentral erwies sich zunächst die Standortfrage. Hier wurde auf Basis neuester Forschungen¹ eine breite Auswahl von Standorten ins Auge gefasst. Der Katalog umfasste zunächst 25 Stätten: Sitze ehemaliger Gerichte und anderer Institutionen der Verfolgung sowie Orte von allgemeiner historischer Bedeutung. Schnell wurde klar, dass sich insbesondere das *Personenkomitee Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz* für den Heldenplatz als künftigen Standort einsetzen würde. Der in die zentrale Kommission bei der MA 7 einbezogene Wehrmachtsdeserteur und Ehrenobmann des *Personenkomitees* Richard Wadani untermauerte dies insbesondere mit historischen Argumenten: Das Denkmal gehöre wegen der Bedeutung des Heldenplatzes als Ort der staatlichen Selbstaufgabe Österreichs im Frühjahr 1938 eben dorthin. Das Verhalten der Deserteure sei symbolisch wie auch konkret als Akt des Widerstands gegenüber diesem verhängnisvollen Ereignis zu verstehen.

Als sich im Frühjahr 2012 der Heldenplatz als präferierter Standort herausstellte, wurden jedoch erhebliche organisatorische Schwierigkeiten deutlich: Zum einen entwickelt die Burghauptmannschaft seit einiger Zeit ein neues Raumnutzungskonzept. Zum anderen gibt es eine höchst komplexe Gemengelage von Interessen und Kompetenzen rund um die Hofburg, etwa vonseiten des Wirtschaftsministeriums, der Burghauptmannschaft, des Bundeskanzleramts sowie des Bundesdenkmalamts. All dies schien einer zügigen Lösung im Wege zu stehen.

Als glücklicher Ausweg aus dieser unübersichtlichen Konstellation bot sich alsbald der unmittelbar an den Heldenplatz angrenzende Ballhausplatz an, genauer: die durch eine Einbuchtung am südwestlichen Rand des Volksgartengeländes entstandene Fläche, die ein Dreieck mit dem Bundeskanzleramt und dem Sitz des Bundespräsidenten bildet. Diese Fläche bietet einen entscheidenden Vorteil: Im Gegensatz zum Heldenplatz befindet sie sich im Besitz der Stadt Wien.

Die *Grünen* und das *Personenkomitee* hatten das Denkmalprojekt seit Jahren mit

großer Energie und Beharrlichkeit verfolgt. Eine Gruppe von AktivistInnen rund um die spätere Wiener Stadträtin Friedrun Hueber hatte bereits Anfang der 1990er Jahre ein mobiles Deserteursdenkmal konzipiert, später waren es AktivistInnen des *AK Denkmalpflege*, die 2009 am Heldenplatz ein temporäres Denkzeichen der Öffentlichkeit präsentierten.

Das Schicksal der Deserteure wurde lange nicht anerkannt: Der mühsame Kampf um die Rehabilitierung macht dies deutlich, mit dem Denkmal werden sie endlich im öffentlichen Raum gewürdigt.

Die Entscheidung der Stadt Wien für den Ballhausplatz markiert nun einen wichtigen geschichtspolitischen Einschnitt. Von aktueller Bedeutung ist dabei die etwa zeitgleich zum Planungszeitraum begonnene Debatte über die Gedenkorte im Äußeren Burgtor (Krypta und Weiheraum).² Erst seit rund fünfzehn Jahren wahren die politischen, wissenschaftlichen und in der Folge auch publizistischen Debatten über die Wehrmachtsjustiz und ihre Nachgeschichte in Österreich: über die Institutionen und Akteure auf Seiten der Täter, wie auch über diejenigen Soldaten und ZivilistInnen, die durch die Spruchpraxis entweder ihr Leben verloren oder auf andere Weise verfolgt wurden. Es dauerte bis Ende der 1990er Jahre bis sich ein ForscherInnenteam aus Studierenden der Universität Wien bildete, das eine erste quellengesättigte Großstudie vorlegte.³ Erst danach folgte eine bis zum Jahr 2009 dauernde zähe Auseinandersetzung um die politische Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz.⁴ Flankiert wurden diese Bemühungen seit 2007 durch die wiederum vom *Personenkomitee* organisierte Präsentation der Wanderausstellung *„Was damals Recht war...“ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht* – zunächst in Wien, später in Klagenfurt und Dornbirn.⁵ Diese Meilensteine auf dem Weg hin zur Denkmalentscheidung in Wien sind wiederum nur vor dem Hintergrund der Durchsetzung des Prinzips der *politics of regret*, im Zuge von heftigen geschichtspolitischen Konflikten etwa seit Mitte der 1990er Jahre, zu verstehen.

Kondensierte Geschichte: Das Ensemble Heldenplatz/ Ballhausplatz

Mit der Adresse im 1. Wiener Gemeindebezirk wird traditionell österreichische Außenpolitik, und, wie das Musil-Zitat belegt, auch allgemein die Lenkung der politischen Geschehnisse Österreichs assoziiert. Das gegenüberliegende Gebäude ist seit Errichtung der Ersten Republik Sitz der österreichischen Bundeskanzler. Hier hatte 1814/15 der *Wiener Kongress* stattgefunden, hier erschossen nationalsozialistische Attentäter im Juli 1934 Engelbert Dollfuß. Insbesondere in der Endphase des Austrofaschismus waren Heldenplatz und Ballhausplatz Orte für Aufmärsche und Demonstrationen, vor allem rechtsextremer Organisationen – ein

Vorgeschmack auf das, was am 15. März 1938, dem Tag der Verkündung des ‚Anschlusses‘ durch Adolf Hitler von der Hofburg aus, geschehen sollte. Hunderttausende füllten an diesem Tag das gesamte Areal von Heldenplatz, Volksgarten und Ballhausplatz. Eineinhalb Jahre später begann die Wehrmacht einen beispiellosen Angriffs- und Vernichtungskrieg. Die Verfolgten der Wehrmachtsjustiz zählen zu den Opfern dieser verbrecherischen Kriegführung. Vom künftigen Denkmalsstandort aus gibt es eine Sichtbeziehung zum ‚Hitler-Balkon‘. Ballhausplatz und Heldenplatz sind historisch eng verknüpft – und damit auch deren Bedeutung für die hier noch immer präsenten Themenkomplexe Krieg und ‚Heldentum‘ sowie für das Gedenken an die Opfer kriegerischer Gewalt.

Das *Personenkomitee* hatte sich von Anfang an deutlich gegen die Idee verhalten, am Äußeren Burgtor der Verfolgten der Wehrmachtgerichtsbarkeit Seite an Seite mit den ‚österreichischen Helden‘, also den ‚Gefallenen‘ der beiden Weltkriege, zu gedenken.⁶ Vor den Militärgerichten fanden sich politische Gegner des Nazi-Regimes ebenso wie Menschen wieder, die nach Auswegen aus einem immer grausamer geführten Krieg suchten. Ihnen gemeinsam ist der in die Tat umgesetzte Wille, der Rationalität des Kriegs eigene Werturteile, individuelle Freiräume oder Handlungslogiken entgegenzusetzen; Militärgerichte fällten deshalb weit über 30.000 Todesurteile. Die ‚Toten der Weltkriege‘ stehen dagegen für Gehorsam, Anpassung und auch für das (bereitwillige) Opfer im Dienste des Vernichtungskriegs.

An der geschichtsträchtigen Adresse Ballhausplatz ein Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, Friedfertigkeit und Zivilcourage ablegen

Der Ballhausplatz ist in vielerlei Hinsicht eine exzellente Wahl: Er ist weit genug von der Krypta entfernt, um auch symbolisch den Abstand der Verfolgten vom Gros der gehorsamen Soldaten zu verdeutlichen. Das Denkmal für die Deserteure, ‚Wehrkraftzersetzer‘ und ‚Kriegsverräter‘ befindet sich allerdings gleichzeitig nahe genug am zentralen Denkzeichen der Republik für die österreichischen Freiheitskämpfer, dem Weiheraum – denn in ihre Reihen gehören die Verfolgten der Wehrmachtgerichte. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass dies im öffentlichen Bewusstsein noch längst nicht verankert war, als der Stein 1965 dort eingeweiht wurde. Im Gegenteil: den meisten galten Deserteure noch als Verräter oder Feiglinge. Dies hat, zumindest auf symbolischer Ebene, im Prinzip erst die gesetzliche Rehabilitierung 2009 geändert.

Ein weiterer Punkt spricht für die Fläche am Ballhausplatz – er ist als Denkmalort überhaupt erst eingerichtet worden: 1934, kurz nach der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß, begannen die

Planungen für ein ‚Dollfuß-Nationaldenkmal‘ am Ballhausplatz, es wurde bis zum ‚Anschluss‘ jedoch nicht fertiggestellt. Es sollte exakt an jener Stelle entstehen, die jetzt für das Deserteursdenkmal vorgesehen ist. In den Zeiten der schwarz-blauen Koalition (2000) und auch noch danach diente die Fläche als Park- und Abstellplatz für Einsatzfahrzeuge und Absperrgitter, die anlässlich von Großveranstaltungen oder Staatsbesuchen auf dem Heldenplatz benötigt wurden. Auch auf der alljährlichen *Informations- und Leistungsschau* des Bundesheeres am Nationalfeiertag auf dem Heldenplatz wurde das künftige Denkmalareal als Abstellfläche genutzt.

Das Denkzeichen am Ballhausplatz ist auch und vor allem den Deserteuren der Wehrmacht und ihren ganz spezifischen Entscheidungen gewidmet. Insofern setzt das Denkmal an diesem zentralen und geschichtsträchtigen Ort ein Fragezeichen hinter Konzepte absoluten Gehorsams und autoritärer Gewalt. Jeder Staatsgast und auch eine große Zahl internationaler BesucherInnen müssen das Denkmal passieren; der Standort bietet somit eine exzellente Möglichkeit, um die Abkehr von den Zielen und Mitteln eines verbrecherischen Staates deutlich zu machen, dem das österreichische Staatsgebiet zwischen 1938 und 1945 angehörte. Hier kann vergangenheitspolitisch klar Position bezogen und damit ein Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, Friedfertigkeit und Zivilcourage abgelegt werden.

Magnus Koch

Ausstellungsmacher und freier Historiker; zurzeit berät er die Stadt Wien in inhaltlich-wissenschaftlichen Belangen des am Ballhausplatz geplanten Deserteursdenkmals.

¹ Vgl. die preisgekrönte, jüngst bei Mandelbaum erschienene Studie des Wiener Politikwissenschaftlers Mathias Lichtenwagner, ders., *Leerstellen. Zur Topografie der Wehrmachtsjustiz in Wien vor und nach 1945*, Wien 2012.

² Vgl. etwa die Beiträge von Harald Walser in der *Presse* vom 10. Februar 2012 (Heldenplatz: Spielplatz welcher ‚Helden‘?) oder Peter Pirker im *Standard* vom 3. Februar 2012 (In Erfüllung ihres Auftrages ließen sie ihr Leben) und die sich daran anschließenden Diskussionen bis in den Herbst 2012 hinein.

³ Vgl. Walter Manoschek, Hg., *Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich*, Wien 2003.

⁴ Vgl. das am 21. Oktober 2009 mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen im Nationalrat verabschiedete Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz; dagegen hatten FPÖ und BZÖ gestimmt, vgl. *Bundesgesetzblatt I Nr. 110/2009*. Zur juristischen Dimension der Debatte vgl. Reinhard Moos, *Das Anerkennungsgesetz 2005 und die Vergangenheitsbewältigung der NS-Militärjustiz in Österreich*, in: *Journal für Rechtspolitik* 3 (2006), 182-196.

⁵ Die Ausstellung ist die Adaption bzw. Erweiterung einer von der Berliner Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas entwickelten Wanderausstellung, vgl. auch die Begleitpublikation: Thomas Geldmacher, u. a., Hg., *„Da machen wir nicht mehr mit“*. Österreichische Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht, Wien 2010.

⁶ Einen entsprechenden Vorstoß hatte die Historikerin Heidemarie Uhl gemacht (vgl. APA-Meldung in der Online-Ausgabe der *Presse* vom 3. Juli 2012 (Heldenplatz: Umgestaltung als „starker symbolischer Akt“)), obgleich sie kurz zuvor in einem Text im *Standard* das Nebeneinander von Krypta und Weiheraum grundsätzlich kritisiert hatte, (vgl. Die denkwürdige Leere der Krypta im *Standard*, 23. Juni 2012, und ihren Beitrag in dieser GEDENKDIENTST-Ausgabe).

Heldenplatz – Ballhausplatz

Zur Neukontextualisierung eines zentralen Ortes offizieller österreichischer Erinnerungskultur

Es ist den Diskussionen über die Kranzniederlegung deutschnationaler Burschenschaften am 8. Mai zu verdanken, dass ein praktisch vergessenes Denkmal wieder jene Aufmerksamkeit erhalten hat, die ihm aufgrund seiner staatlich-repräsentativen Funktion zukommt: das österreichische Heldendenkmal im Äußeren Burgtor der Wiener Hofburg.

Rechter und linker Flügel des Burgtors: Symbol antagonistischer Sichtweisen auf die österreichische NS-Vergangenheit

Die Krypta für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges wurde 1934 im rechten Flügel des Burgtors eröffnet. Diese Manifestation ständestaatlicher Geschichtspolitik wurde nach 1945 durch die Anbringung der Jahreszahlen 1939 bis 1945 auch den österreichischen Soldaten der Wehrmacht gewidmet. Wann diese Erweiterung erfolgt ist und wann die Totenbücher mit den Namen der Gefallenen, darunter auch SS-Angehörige, in der Krypta aufgelegt wurden, werden die Ergebnisse eines gerade angelaufenen Forschungsprojekts zeigen. 1965 wurde im linken Flügel des Burgtors ein Weiheraum für die *Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit* (so die Widmung) eingerichtet – das erste offizielle Denkmal der Republik Österreich für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Von den Opfern der ‚rassischen‘ Verfolgung sollte hier wie auch in der österreichischen Denkmallandschaft generell noch jahrzehntelang geschwiegen werden.

Die räumliche Trennung dieser beiden Denkmäler hat symbolische Qualität: Woran hier erinnert und wessen hier gedacht wird, lässt sich nicht in eine gemeinsame Geschichte und in ein gemeinsames Gedenken integrieren. Vielmehr werden hier die unvereinbaren Widersprüche des österreichischen Gedächtnisses im Umgang mit der NS-Vergangenheit sichtbar: Die beiden Gedenkstätten verweisen auf antagonistische Sichtweisen, die sich bereits kurz nach Kriegsende formiert haben und bis heute bestimmend sind.

Der Widerstand gegen das NS-Regime, 1945 als Basis des neuen Österreich gefeiert, war nur kurze Zeit identitätsstiftend. Unter dem Vorzeichen von Kaltem Krieg und Re-Integration der ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten veränderten sich die geschichtspolitischen Rahmenbedingungen. Seit Ende der 1940er Jahre wurden die österreichischen Soldaten der Wehrmacht zunehmend als ‚tapfere Helden‘, die ‚die Heimat‘ in ‚treuer Pflichterfüllung‘ gegen den ‚Feind aus dem Osten‘ verteidigt haben, geehrt – 1945 waren sie noch als Opfer eines sinnlosen Eroberungskrieges betrauert worden. WiderstandskämpferInnen galten nun als ‚VaterlandsverräterInnen‘, als ‚Kameradenmörder‘ und generell als Kommunismus-verdächtig. Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955 und dem Abzug der Alliierten verschärfte sich diese Stimmung: Widerstandsdenkmäler wurden ‚entschärft‘, Projekte zur Würdigung von Opfern politischer Verfolgung angefeindet und zu verhindern versucht.

Insofern war die Einrichtung des am 27. April 1965 eröffneten Weiheraums für den Widerstand ein durchaus mutiges Signal der Bundesregierung, das sich auch gegen das in der politischen Kultur der Nachkriegsjahrzehnte vorherrschende Entge-

genkommen gegenüber den ‚Ehemaligen‘ richtete. Nach den heißen geschichtspolitischen Debatten der 1960er Jahre wurde es aber still um das österreichische Heldendenkmal, obwohl es der Ort von zentralen, wenngleich öffentlich kaum beachteten staatlichen Gedenkzeremonien ist: Am Nationalfeiertag legen Bundespräsident und Bundesregierung Kränze in beiden Gedenkräumen nieder, am 27. April gedenkt das Bundesheer der Wiedereinrichtung der Republik Österreich im Jahr 1945.

Seit 2002 nutzen Burschenschaften das Heldendenkmal am 8. Mai als Gedenkort

Seit 2002 steht das Heldendenkmal allerdings regelmäßig im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Im April 2002 demonstrierten Rechtsextreme und Burschenschaften auf dem Heldenplatz gegen die Wehrmachtausstellung; sie taten dies mit Plakaten, auf denen „Großvater wir danken dir“ und „Wehrmachtssoldaten – wir gedenken Eurer Heldentaten“ zu lesen war. Am 8. Mai 2002 wurde von schlagenden Burschenschaften unter Teilnahme von Rechtsextremen erstmals eine Totengedenkfeier für die Wehrmachtssoldaten abgehalten, die erwartungsgemäß auf starke öffentliche Kritik stieß. Jährlich wiederholte sich nun das gleiche Schauspiel: Der Heldenplatz wurde am 8. Mai weiträumig abgesperrt, Gegendemonstrationen der Zugang zum Platz verweigert, die Burschenschaften durch ein massives Polizeiaufgebot abgeschirmt, sie konnten den Platz exklusiv für ihre ‚Heldenehrung‘ nutzen.

Es bedurfte einer Initiative von Ariel Muzikant, dem damaligen Präsidenten und heutigen Ehrenpräsidenten der *Israelitischen Kultusgemeinde* (IKG), um dieses unwürdige Ritual zu durchbrechen. Muzikant stellte 2011 ein Ansuchen für die Abhaltung eines Totengedenkens im Weiheraum für den österreichischen Freiheitskampf. Dem Argument, dass die Opfer des Nationalsozialismus wohl ein ebenso großes Anrecht auf Ehrung haben wie die Wehrmachtssoldaten, konnte man sich wohl nicht verweigern. Die Bannmeile Heldenplatz war damit erstmals durchbrochen. Im Jahr darauf wurde der 8. Mai von einer Plattform zivilgesellschaftlicher Initiativen als Fest der Befreiung begangen. Damit wurde im Mai 2012 ein erster Schritt zu einer längst überfälligen Neudefinition des Kriegsendes getan.

Die offizielle österreichische Geschichtspolitik hatte allerdings bislang eine klare Haltung zu diesem Gedenktag vermieden, vielmehr: der 8. Mai spielte in Österreich, im Unterschied zu den meisten europäischen Staaten, praktisch keine Rolle. Ermöglicht wurde das Ausblenden von 1945 durch die Fokussierung auf 1955 – die Unterzeichnung des Staatsvertrags wurde als eigentlicher Tag der Freiheit gefeiert. Damit verband sich das zentrale geschichtspolitische Narrativ der Zweiten Republik: die Erfolgsgeschichte eines kleinen Landes, das den mächtigen Alliierten seine Freiheit abgerungen hatte. Anders als ‚1955‘ war ‚1945‘ ein geschichtspolitisches Minenfeld: Wurde Österreich besetzt oder befreit? Mit der Überschreibung von 1945 durch 1955 konnte dieses potentielle Konfliktfeld neutralisiert werden.

In der Bundesrepublik Deutschland hingegen stand das Bekenntnis zum 8. Mai als Tag der Befreiung, wie es der damalige deutsche Bundespräsident Richard



Hebung der Skulptur des *Toten Kriegers* in der Krypta des Österreichischen Heldendenkmals am 18. Juli 2012

von Weizsäcker 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes ablegte, am Beginn einer neuen Erinnerungskultur: So unterschiedlich die individuellen Erfahrungen des Kriegsendes gewesen sein mögen, worauf es ankommt ist, dass „es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“, so Weizsäcker in seiner berühmten Rede.

Das Fest der Befreiung 2012 am Wiener Heldenplatz war ein erster Schritt zu einem neuen Verständnis des 8. Mai in Österreich und hat offenkundig einen neuen Gedenktag inauguriert – am 8. Mai 2013 wird das *Fest der Freude* auf dem Heldenplatz gefeiert. Im Mai 2012 ist auch das Verteidigungsministerium aktiv geworden. Die Debatte um das Heldendenkmal wurde aufgegriffen mit dem Ziel, die mit diesem Ort verbundenen militärischen Gedenkrituale kritisch zu reflektieren.

Aufarbeitung durch das Verteidigungsministerium

Dabei wurde einem Gerücht nachgegangen, das dem Heldendenkmal zusätzliche Brisanz verleiht: Der Bildhauer Wilhelm Frass, mit der Gestaltung des Denkmals für den unbekanntes Soldaten in der Krypta betraut, behauptete nach dem ‚Anschluss‘ 1938 in einem Brief an den *Völkischen Beobachter*, er habe als überzeugter Nationalsozialist eine Kapsel mit NS-Parolen in einer Mulde im Sockel der Skulptur verborgen. Verteidigungsminister Norbert Darabos gab nun eine Untersuchung in Auftrag. Unter Einbeziehung des Bundesdenkmalamts, der Burghauptmannschaft und der Militärgeschichtlichen Denkmalkommission wurde die Skulptur des *Toten Kriegers* im Juli 2012 geöffnet. Die dabei ans Tageslicht gekommene Kapsel enthielt allerdings nicht nur das Schreiben von Frass, sondern auch einen – offenkundig in Reaktion auf das Frass-Bekenntnis verfassten – Aufruf zum Frieden, der von seinem Mitarbeiter, dem Bildhauer Alfons Riedel, stammte. Die politischen Gegensätze der Entstehungszeit hatten sich – wenngleich im Verborgenen – in dieses Denkmal eingeschrieben.

Bereits Wochen vor der Untersuchung der Skulptur hatte Minister Darabos die Krypta schließen und die Vielzahl der dort aufbewahrten Objekte – Plaketten, Erinnerungsmedaillen, Standarten etc. – entfernen lassen, ebenso die Totengedenkbücher, die dem Staatsarchiv übergeben

wurden. Die Entfernung der sichtbaren Verweise auf die militärische Traditionspflege, die diesen Ort geprägt hatte, kann als grundsätzliche Zäsur interpretiert werden. Heute beindruckt die Krypta durch ihre Leere, die real und symbolisch Raum für neue Gestaltungen und Deutungen eröffnet.

Dass es dabei zu kontroversen Debatten kommen wird, ist absehbar, denn das Heldendenkmal repräsentiert den zentralen Widerspruch des österreichischen Gedächtnisses: die Beurteilung des Kriegsendes in der nationalsozialistischen Wehrmacht. Diese Sollbruchstelle war auch der eigentliche Auslöser der Waldheim-Debatte, die sich an seiner Aussage, „Ich habe im Krieg nichts anderes getan als Hunderttausende Österreicher auch, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt“, entzündete. 1986 war der Auftakt zu einem Perspektivenwechsel in der Erinnerungskultur, getragen von einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher und staatlicher Initiativen. Auch im Bundesheer lässt sich dieser Paradigmenwechsel beobachten. Das Heldendenkmal blieb davon allerdings lange unberührt. Erst 2012 hat die Kritik an der unreflektierten Form des Gedenkens an die Gefallenen der Wehrmacht zu Reaktionen geführt. Die heutige Leere der Krypta, die Öffnung der Skulptur des *Toten Kriegers*, die Entfernung der Kapsel mit dem NS-Bekenntnis des Künstlers Wilhelm Frass sind starke Zeichen, die den Weg für eine Neugestaltung geöffnet haben.

Mit dem Beschluss, das Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz am Ballhausplatz, also in unmittelbarer Nähe, zu errichten, steht das Heldendenkmal nun allerdings in einem veränderten Kommunikationsraum. Wie sich diese beiden Denkmäler zueinander verhalten werden, ist noch offen, eines allerdings zeichnet sich bereits ab: Das Beziehungsgeflecht, durch das die beide Projekte verbunden sind, wird einen nachhaltigen Spannungsbogen erzeugen. Diese Konstellation wird – so steht zu hoffen – dem entgegenwirken, was Robert Musil als zentrale Eigenschaft von Denkmälern beschrieben hat: dass sie unmittelbar nach ihrer Errichtung unsichtbar werden.

Heidmarie Uhl

Historikerin und Kulturwissenschaftlerin an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) in Wien, Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte; zahlreiche Veröffentlichungen zu Gedächtnistheorie und -kultur sowie zur österreichischen/europäischen Identitäts- und Geschichtspolitik.

Ein Plädoyer für die Gegenwart

Über Vermittlungsarbeit zwischen Raum und Zeit

Kulturvermittlung kann den Anstoß dazu geben, etwas Bekanntes anders zu sehen, als wir es immer gesehen haben. Jedes Stück Stadt, jedes Viertel, jeder Ort, egal ob Wiese oder Denkmal, kann ein zu vermittelnder Ort werden. Es gilt, die richtigen Fragen zu stellen, um das scheinbar Offensichtliche zu dekonstruieren. Alltäglich präsent und auf den ersten Blick versteckte Fragmente können neu zusammengesetzt, derselbe Raum anders gelesen werden. Von diesen Gedanken ausgehend, diskutiert der Artikel, wie Vermittlung im Spannungsverhältnis zwischen Raum und Zeit agieren kann. Fokussiert werden drei Wiener Orte: Der

Die Zirkusgasse 22 im 2. Wiener Gemeindebezirk ist zunächst nur eine Adresse. An dieser steht ein öffentlicher Wohnbau aus der Nachkriegszeit. Bis zum November 1938 befand sich hier der sogenannte *Türkische Tempel*, die Synagoge der sephardischen jüdischen Gemeinde Wiens. Einzig eine kleine, kaum leserliche Tafel an der Fassade und ein Gedenkstein als Teil des *Wegs der Erinnerung* durch die Leopoldstadt deuten auf dessen Zerstörung während des Novemberpogroms von 1938 hin.³ An vielen anderen Orten der Stadt gibt es gar keine gestalterischen Eingriffe, welche auf in der NS-Zeit dort verortete Ereignisse ver-

Das Schaudapot des JMW ist zugleich Stauraum und Ausstellungsfläche, in der die verschiedenen Sammlungen des Hauses gezeigt werden. Eine davon ist die Sammlung *Israelitische Kultusgemeinde* (IKG). Unter anderem besteht diese aus jenen Ritualgegenständen, die sich in den österreichischen Synagogen befanden, die 1938 zerstört wurden. Im Schaudapot ‚erzählen‘ die Dinge: Wo waren sie, bevor sie ins Museum kamen? Wie kamen sie ins Museum? Wer hat sie geschaffen?

Museen erzählen durch ihr Sammeln und ihre Sammlungen auch über Verluste. Viele der im Schaudapot des Museums ausgestellten Objekte waren einmal – früher, nämlich bis zum November 1938 – in Verwendung, zum Beispiel im *Türkischen Tempel* in der Zirkusgasse 22. Wir können also die reale Adresse, in all ihrer Widersprüchlichkeit, mit Objekten im Museum verknüpfen. Solche Beispiele lassen sich in jeder Stadt vielfältig ausfindig machen.

Indem wir Gegenstände aus dem Schaudapot mit der Adresse Zirkusgasse 22 in Beziehung setzen, ergibt sich ein Dreieck aus gegenwärtigem Ort, individueller Erfahrung und ausgewählten Objekten. Im Rahmen dieses Interaktionsprozesses kann sich ein Raum öffnen, der mit Assoziationen überzogen wird: beim nächsten Passieren dieser Adresse, bei der nächsten Begegnung mit den Objekten und Geschichten kann der Raum wieder und wieder ‚betreten‘ und verändert werden. Dieser Vermittlungsprozess macht ein Stück Stadt zu einem ‚Gedenkraum‘.

Jeder Ort und jede Adresse enthält in der Gegenwart, von der wir ausgehen, da wir uns in ihr befinden, eine Vergangenheit, an die wir uns annähern, die uns angenehm oder unangenehm, näher oder ferner ist, zu der wir etwas sagen oder assoziieren können oder müssen. Was VermittlerInnen in diesem ‚Gedenkraum‘ sagen, verschweigen, unter den Teppich kehren oder darunter hervorholen, kann erinnert und auf eine weitere Adresse, Erzählung oder Begebenheit bezogen werden. Auch was andere AkteurInnen – PassantInnen, TouristInnen, Kinder, SeniorInnen mit und ohne Hund – sagen oder nicht sagen, kann ins Repertoire der möglichen Assoziationen aufgenommen werden.

Sowohl am Judenplatz als auch in der Zirkusgasse und im Schaudapot des JMW war der Ausgangspunkt unserer Überlegungen die gegenwärtige Situation. Gerade in KZ-Gedenkstätten hat man im Vergleich zu den meisten anderen Orten unmittelbarer und offensichtlicher mit Vergangenheit zu tun, noch dazu mit einer grässlichen, unvorstellbaren Vergangenheit, das größte Verbrechen des 20. Jahrhunderts erinnernd.

Beim Kuratieren und in der Vermittlung von Ausstellungen wird überlegt, wie man diese spezielle Vergangenheit erzählen, dar- oder ausstellen sollte. Was tun, wenn man nichts tun kann? Unser Beitrag ist ein Plädoyer für die Gegenwart. Gerade wenn die Vergangenheit derart mächtig ist, sollten wir uns der Gegenwart des Ortes ausliefern: Wie sieht es hier aus? Wer ist hier? Wer tut was und was nicht? Wie wurde es, was es ist? Wem nützt das, wem schadet es? Wer zahlt und wer verdient? Dieser unmittelbare Bezug zur Gegenwart könnte die Frage „Was hat das

mit mir zu tun?“⁶ in einem einfachen und schlichten Satz beantworten: die eigene Anwesenheit. Ich bin jetzt hier, also hat es mit mir zu tun.

Vermittlung kann an jedem Ort als Interaktionsprozess verstanden werden, der im Spannungsverhältnis zwischen der individuellen Erfahrung, dem Ort selbst, der Geschichte des Ortes und der eigenen Geschichte abläuft. In vielen Situationen kann dieser Prozess mit Objekten, Denk- und Mahnmälern, historischen Gegenständen oder Texten verknüpft werden. Kulturvermittlung ist ein Dialog zwischen verschiedenen Personen, zwischen Gegenwärtigem und Vergangenen, Fernem und Nahem, Bekanntem und Unbekanntem, Eigenem und Fremdem. Das Gesprochene, Gesehene und Erfahrene schreibt sich in die Landkarte des individuellen Gedächtnisses ein. Überall.

Daniele Karasz,
Hannah Landsmann

Assistent am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien, wo er derzeit zu Stadtentwicklung und Migration in Wien forscht. Er war lange Jahre in der Kulturvermittlung tätig und unterrichtet unter anderem im Forschungsfeld Museums- und Bildungsarbeit.

studierte Judaistik, Romanistik sowie Lehramt Deutsch und Geschichte und leitet seit 2000 die museumspädagogische Abteilung *Kommunikation & Vermittlung* des JMW. Sie berät Museen und Vermittlungsteams und hat zum Beispiel für das Kulturhauptstadtjahr *Linz09* zeitgeschichtliche Vermittlungsprogramme entwickelt.

- 1 <http://www.nextroom.at/building.php?id=3150> (05.01.13).
- 2 Ebd.
- 3 <http://www.steinedererinnerung.net/> (08.01.13).
- 4 Jonathan R. Wynn, *City Tour Guides: Urban Alchemists at Work*, in: *City & Community* 9/2 (2010), 145-164.
- 5 Jack Katz, *Time for new urban ethnographies*, in: *Ethnography* 11/1 (2010), 25-44.
- 6 <http://www.trafo-k.at/prodetail.php?id=50&refer=proauswahl.php?p=1> (20.01.12).



Judenplatz, das Haus Zirkusgasse 22 in der Leopoldstadt und das Schaudapot des *Jüdischen Museums Wien* (JMW). Am Ende steht die Frage, was Vermittlung an diesen Orten für die Auseinandersetzung mit KZ-Gedenkstätten bedeutet.

Am Judenplatz befindet sich das von Rachel Whiteread entworfene und im Jahr 2000 der Öffentlichkeit übergebene *Mahnmal für die österreichischen jüdischen Opfer der Shoah*. Unmissverständlich hat es den Platz verändert und den Raum neu besetzt. Die Erinnerung ist räumlich geworden und kann nicht umgangen, ausgeklammert oder ignoriert werden. Das *Architekturzentrum Wien* beschreibt Whitereads Arbeit mit folgenden Worten: „Sie materialisiert das Ungreifbare, die Lufträume unterhalb oder innerhalb all jener alltäglichen Gegenstände, die für unser Leben essentiell und selbstverständlich sind.“¹ Die Künstlerin selbst sieht es als ihr Anliegen, „die menschliche Wahrnehmung der Welt umzudrehen und das Unerwartete aufzuzeigen.“²

Direkt unter dem Mahnmal birgt der Judenplatz auch die Reste der 1421 zerstörten mittelalterlichen Synagoge, welche im zeitgleich mit dem Mahnmal als Teil des Jüdischen Museums eröffneten *Museum Judenplatz* zugänglich sind. Aufgrund der klaren Beziehung, die sich aus dem Mahnmal und der Grabung ergibt, können die Zerstörung der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde in Wien und die Erinnerung an die Shoah gemeinsam wahrgenommen werden. In diesem räumlichen und zeitlichen Beziehungsgeflecht ergeben sich für die Vermittlungsarbeit des JMW starke Anknüpfungspunkte. Die Vermittlung findet im Spannungsfeld zwischen als Gedenkort gestaltetem Raum, der historischen Dimension und der Wahrnehmung des Ortes durch die BesucherInnen statt.

weisen. Die Vermittlung kann diese vordergründige Normalität aufbrechen. Der US-amerikanische Soziologe Jonathan Wynn etwa beschreibt die Arbeit von unabhängigen City-Guides in der Stadt New York als eigenständige Praxis, bei der im Rahmen eines Interaktionsprozesses die Stadt sowie der Blick auf diese hinterfragt werden.⁴ Dadurch kann sich die urbane Realität ein Stück weit verändern. Wynn bezieht sich hierbei auf das Konzept der „Urban Alchemy“ des Soziologen Jack Katz.⁵ Letzterer verwendet diesen Begriff, um einen Prozess zu beschreiben, bei dem sowohl aus dem Alltag bekannte als auch auf den ersten Blick nicht sichtbare Fragmente des urbanen Raums zu etwas Neuem zusammengesetzt werden. Wynn nimmt diesen Prozess bei verschiedenen kreativen Praktiken wahr, zum Beispiel bei Graffiti-KünstlerInnen, aber auch in der Arbeit von VermittlerInnen im Stadtraum.

Diesem Bild zufolge kann nicht nur ein baulich gestaltetes, materialisiertes Mahnmal dem Raum eine neue Bedeutung verleihen, sondern auch die andere Lesart vorhandener, ja vielfach bekannter Elemente. Die Vermittlung des JMW versucht in der Zirkusgasse, wie auch an anderen Wiener Orten, von der Adresse und dem dort Sichtbaren auszugehen, um einen Interaktionsprozess auf zwei Ebenen auszulösen: zum einen örtlich, durch Fragen an PassantInnen, Fragen an uns selbst und das Fotografieren des Ortes, zum anderen zeitlich, durch die Gegenüberstellung der gegenwärtigen Situation, der eigenen Erwartungshaltung und der gesammelten Aussagen mit historischen Indizien. Es entsteht ein Interaktionsprozess, bei dem die Vermittlung die Art, einen urbanen Ort zu sehen, verändern kann, indem sichtbare und verborgene Aspekte in eine neue Relation zueinander gesetzt werden.

Impressum

Medieninhaber: GEDENKDIENTST
- Verein für historisch-politische Bildungsarbeit und internationalen Dialog
A-1050 Wien, Margaretenstraße 166,
tel +43 1 581 04 90 fax +43 1 253 303 390 72,
office@gedenkdienst.at, www.gedenkdienst.at
Erste Bank, BLZ 20111, Kto. 288 685 648 00, DVR 003506

Obmann: Adalbert Wagner
Kassier: Johann Kirchknopf
Schriftführer: Matthias Kopp

Jede weitere Veröffentlichung bedarf der Zustimmung der Autorinnen und Autoren. Die in den Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit den Positionen des Vereins GEDENKDIENTST ident sein.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Johannes Breit, Lukas Dünser, Elisa Heinrich, Florian Jordan, Christine Jost, Daniele Karasz, Florentine Kastner, Magnus Koch, Hannah Landsmann, Peter Pirker, Adina Seeger, Heidemarie Uhl, Marius Weigl

Abbildungsnachweise: BMLVS/HBF (S. 5); Till Hilmar (S. 12); Christine Jost (S. 10); Daniele Karasz (S. 6); Ernst Logar (S. 8); A. H. Pirker (S. 7); Herbert Posch (S. 1)

Chefredakteurin: Adina Seeger
Stellv. Chefredakteur: Philipp Selim
Redaktion: Lukas Dünser, Johann Kirchknopf, Emilia Lichtenwagner
Lektorat: Matthias Kopp, Adina Seeger, Philipp Selim
Layout: Philipp Haderer

Druck: simply more, Wien
Erscheinungsort: Wien
Auflage: 3000
Preis: 0,75 Euro

Auflösung unheimlicher Harmonie, oder: „Esperanza, Schiff der Alpen“

Die Gedenkstätte für NS-Opfer im Oberen Drautal in Kärnten

Im dichten Schneetreiben auf einem Feld nahe des Bahnhofs Greifenburg hat der Kulturverein *kuland* mit dem Künstler Hans-Peter Profunser am 28. Oktober 2012 die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus im Oberen Drautal eröffnet. Das Ereignis selbst war ungewöhnlich genug – es handelte sich um die Einweihung des ersten Denkmals für WiderstandskämpferInnen und Verfolgte in Kärnten westlich von Villach seit 1945. Überraschend und erfreulich war für die VeranstalterInnen, dass trotz unwirtlicher Bedingungen fast 200 Menschen an der Eröffnungsfeier teilnahmen.

Von der Konfrontation...

Das Denkmal hat eine lange Vorgeschichte und ist mit der Arbeit von *kuland* eng verbunden. *kuland* ist ein Kulturverein, der 1993 von einer Handvoll Schülerinnen, StudentInnen, jungen Arbeitern und Angestellten im Oberen Drautal gegründet worden ist, um die ‚unheimliche Harmonie‘ am Lande mit Konzerten, Lesungen, Filmen und Diskussionen herauszufordern. Die Untersuchung der Ursachen dieser ‚unheimlichen Harmonie‘ am Lande war Thema eines ersten gleichnamigen Veranstaltungszyklus, an dessen Ende im Jahr 1996 ein zweitägiges Symposium zu *Aspekten des Austrofaschismus und Nationalsozialismus im Oberen Drautal* stand. Damit war zwar ein Anfang gesetzt, aber einer, der an der lokalen Gesellschaft abprallte. Was blieb, war die Fortführung von gelegentlichen Recherchen in den folgenden Jahren, die zu Radioreportagen und Zeitungsberichten führten. Letzteres hatte zur Folge, dass Überlebende und Angehörige nach und nach Vertrauen fassten. Anfang der 2000er Jahre entstand für *kuland* damit eine neue Grundlage, sich mit der NS-Geschichte vor Ort intensiv zu beschäftigen. Von 2005 bis 2010 wurden im Rahmen des Projekts *Aus dem Gedächtnis in die Erinnerung* schließlich die Namen von 39 Todesopfern eruiert und ihre Widerstands- und Verfolgungsgeschichten rekonstruiert. Der Verein brachte die Ergebnisse der Recherchen bei insgesamt neunzehn öffentlichen Veranstaltungen zur Sprache. Dabei suchten wir nicht nur die Zusammenarbeit mit Nachkommen und Verwandten der NS-Opfer, mit Überlebenden der NS-Verfolgung und ZeitzeugInnen, sondern luden auch SozialwissenschaftlerInnen, HistorikerInnen, PsychologInnen, PädagogInnen und KünstlerInnen ein. Wir wählten diesen breiten Zugang, um die offensichtlich großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Dorfgesellschaften abzubauen, sich mit dem Faktum massiver politischer Gewalt vor Ort auseinanderzusetzen. In Greifenburg verübte der lokale SA-Sturm im März 1938 unter Beteiligung großer Bevölkerungsteile beispielsweise pogromartige Ausschreitungen gegen politische GegnerInnen, die nach 1945 als die schwersten Gewalttaten während des ‚Anschlusses‘ in Kärnten bezeichnet wurden. Neben der Recherche und der Vermittlung war die Veränderung des kulturellen Gedächtnisses eine dritte Dimension des Projekts. Die Biografien der NS-Opfer wurden seit 2006 sukzessive den Gemeinden zur Verfügung gestellt und auf einer Webseite (<http://nsopfer.kuland.org>) zugänglich gemacht. Eine Folge war, dass die VerfasserInnen einiger neuer Gemeindechroniken das von *kuland* erarbeitete Wissen nicht mehr außer Acht lassen konnten.

Eröffnung der Gedenkstätte für die Drautaler NS-Opfer am Bahnhof in Greifenburg am 28. Oktober 2012



org) zugänglich gemacht. Eine Folge war, dass die VerfasserInnen einiger neuer Gemeindechroniken das von *kuland* erarbeitete Wissen nicht mehr außer Acht lassen konnten.

...zur nachhaltigen Erinnerung

Für kaum eine der biografierten Personen fanden wir ein adäquates Erinnerungszeichen. Manche, die nach ihrem gewaltsamen Tod in Dellach und Greifenburg einfach als ‚Ehrlose‘ verscharrt wurden, haben bis heute kein Grab. Für diese Menschen einen Erinnerungsort zu schaffen, einen bleibenden und sichtbaren Anknüpfungspunkt für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinem Nachwirken, war bereits 1996 beabsichtigt aber mangels Unterstützung nicht zu realisieren gewesen. Auch siebzehn Jahre später war die Realisierung eines solchen Erinnerungsorts letztlich nur möglich, weil der in Berg im Drautal lebende Künstler Hans-Peter Profunser, der den Aktivitäten von *kuland* sehr früh Sympathie und Interesse entgegengebracht hatte, bereit war, sich mit hohem Engagement an unserem Projekt zu beteiligen. Profunser kennt die Dorfgesellschaften, ihre Potentiale, ihre sozialen und politischen Konstellationen genau. Viele seiner Arbeiten sprechen zu dem soziale, ökonomische und politische Verhältnisse an, die repressiv wirken. Sie „bringen [...] etwas in der Seele des Betrachters zum Schwingen. Tabuisiertes wird so auf einmal Aussprechbares“.¹

So weist Profunser Skulptur alle Ebenen des Projekts *Aus dem Gedächtnis in die Erinnerung* im Dreidimensionalen auf: Sie ist etwa 22 Meter lang, hat eine Höhe von zweieinhalb Metern und eine Breite von drei Metern. Die äußere, nach oben offene Form der Eisenstäbe symbolisiert den Zwang und die Enge des nationalsozialistischen Systems, aber auch den Ausschluss der Opfer aus dem Gedächtnis der Gesellschaft nach 1945 – ein Hinweis auf das zweite Element der NS-Herrschaft, die Zustimmung. Die vordere Front ist aufgerissen, um zu verdeutlichen, dass es möglich war, Zeichen des Widerstands zu setzen und Verfolgten zu helfen. Außerdem bietet dieser Aufbruch die Möglichkeit, sich den Verfolgten zu nähern.

Das begehbare Innere dominiert ein massiver Eisenkörper, in dem 40 Stahlkassetten eingearbeitet sind. Jede Lade enthält eine Glasplatte, auf der der Name sowie die Geburts- und Todesdaten

eingraviert sind. Unter den Opfern befinden sich 34 Männer, vier Frauen und zwei Mädchen; alle Frauen waren Opfer der Euthanasie, die beiden Mädchen waren Sinti.

BesucherInnen müssen die Laden herausziehen, um die Glasplatten lesen zu können. Diese Tätigkeit soll verdeutlichen, dass Erinnern ein bewusster Vorgang ist, der es ermöglicht, sich der Geschichte unserer Gesellschaft zu stellen und ihre Potentiale zu erkennen. In die Glasplatten sind, neben den persönlichen Angaben, Zitate eingraviert, die aus den von SchriftstellerInnen verfassten Texten zu den Biografien im Begleitbuch stammen.

Der Besuch der Gedenkstätte ist mit vielschichtigen sinnlichen Eindrücken verbunden: dem Hingehen zur Gedenkstätte, die auf einem freien Feld steht, dem Eintreten durch den Aufriss, dem Herausziehen der Laden, den Geräuschen, die von der Reibung der Lade mit dem Eisenkörper verursacht werden. Die Zitate laden zum Verweilen ein, werfen Fragen auf und können Assoziationen und Reflexionen auslösen. Profunser's Absicht ist es, „die Menschen vom passiven Umgang hin zu einem aktiven zu führen, die Menschen weg vom Zuschauen oder gar vom Wegschauen hin zu eigenen Aktivitäten zu bringen, eine Schulung der eigenen Wachsamkeit zu erreichen“.²

Symbol entschwundener und bestehender Hoffnung

Die Schriftstellerin Lydia Mischkulnig wählte für ihren literarischen Text über den Sozialisten Hubert Mayr, der im Spanischen Bürgerkrieg gegen den Faschismus gekämpft hatte und seit einer Mission für den britischen Kriegsgeheimdienst SOE im Jahr 1944 in Oberkärnten verschollen ist, den Titel „Esperanza, Schiff der Alpen“. Ein Lied für Hubert Mayr als Auftakt zum Denkmal. Die einem Landungsschiff ähnliche Gedenkstätte figuriert in Mischkulnig's Text als entschwundene Hoffnung, als das Schiff Esperanza, mit dem von Spanien nach Mexiko zu flüchten Hubert Mayr 1938 versagt geblieben ist: „Nun hab ich ja einen Hafen hier in den Bergen, ein Denkmal. Ich lehne es trotzdem ab, meine Perspektive einzunehmen, aus ihr heraus zu erzählen, was ich gedacht und gefühlt haben mochte, als mir die Flucht versagt war. Ich lehne jeden Rettungsversuch durch Projektion ab, da nichts Gerechtes zu unternehmen ist, als mein Scheitern und meinen Verlust im Glauben an den



Peter Pirker/Anita Profunser, *Aus dem Gedächtnis in die Erinnerung. Die Opfer des Nationalsozialismus im Oberen Drautal*, Klagenfurt/Celovec 2012.

Mit Beiträgen u. a. von Alois Hotschnig, Lydia Mischkulnig, Werner Kofler, Silke Hassler, Antonio Fian.

Widerstand anzuerkennen und zu bedauern.“ So hebt der Text an und im Weiteren figuriert das Denkmal als gestrandete Hoffnung, schließlich als Ort aufkeimender Hoffnung, wenn es heißt: „Opfere dich nicht, glühe, wie diese Gipfel an denen dieses Schiff zerschellt ist, und sage Zaun dazu, damit du ein Gehege zur Erinnerung hast. Das Denkmal. Und nun gehe, Du Ankerkind, an dir hängt die Zukunft. Was für ein guter Mann ich war? Gestorben fürs Vaterland, nein, für eine Muttersprache aus Sozialdemokratie und Internationalität. Gib es Besseres, dann gib ihm Ausdruck. Du lebst. Ich glaube nicht mehr an den Himmel, doch kenne ich den Ursprung von Hoffnung, die mit dem Satz beginnt: Ich glaube an deine Kraft.“³

Peter Pirker

Historiker und Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Universität Wien, zahlreiche Publikationen, zuletzt: *Subversion deutscher Herrschaft. Der britische Kriegsgeheimdienst SOE und Österreich*, Göttingen 2012. www.peterpirker.at

¹ Henning Vogelsang, *Der aus der Stille spricht*, in: Hans-Peter Profunser, *Begegnungen*, Nendeln 2009, 18–19, hier 19.
² Hans-Peter Profunser/Anita Profunser, *Das Denkmal der Erinnerung*, in: Peter Pirker/Anita Profunser, (Hg.), *Aus dem Gedächtnis in die Erinnerung. Die Opfer des Nationalsozialismus im Oberen Drautal*, Klagenfurt/Celovec 2012, 82–90, hier 85.
³ Lydia Mischkulnig, *Esperanza, Schiff der Alpen*. Ein Lied für Hubert Mayr als Auftakt zum Denkmal, in: Ebd., 162–163.

„Ein Denkmal sollte zur Reflexion anregen“

Ein Gespräch mit dem Künstler Ernst Logar über sein Projekt *Ort der Unruhe*, überholte Denkmalsbegriffe und die Frage, was Kunst im Zusammenhang mit der Erinnerung an die NS-Verbrechen leisten kann

Der *Ort der Unruhe* beschäftigt sich mit der vielschichtigen Geschichte der *Belgierkaserne* in Graz. Dabei handelt es sich um die ehemalige SS-Kaserne Graz-Wetzelsdorf, die heute eine Einheit des Bundesheers beherbergt. Durch die Aufarbeitung der dort verübten Verbrechen (v. a. durch ein 2008 vom *Bundesministerium für Landesverteidigung* in Auftrag gegebenes Forschungsprojekt) ist der Ort seit 2011 auch eine Gedenkstätte: Im April 1945 verübte die dort stationierte Einheit der Waffen-SS eine Massenerschießung und verscharrte die Hingerichteten in Bombentrümmern. Diese wurden daraufhin (und kurz vor Ankunft der Alliierten) wieder ausgegraben und zum nahegelegenen *Feliferhof*, einem Schießplatz, verbracht. Da jedoch nicht alle exhumiert wurden, sollen heute noch menschliche Überreste auf dem Areal der *Belgierkaserne* liegen.

Ernst Logar, der sich bereits 2004 in einer Arbeit (*Den Blick hinrichten* (siehe: www.denblickhinrichten.at)) mit den NS-Verbrechen am *Feliferhof* und in der SS-Kaserne Graz-Wetzelsdorf beschäftigte, nimmt die Vielschichtigkeit dieses Ortes in den Blick und stellt anhand dieses Beispiels offizielle Formen des Gedenkens zur Debatte. Besonders geht es ihm um die Ungewissheit, die von diesem Ort ausgeht: bisher wurde nicht vollständig geklärt, ob sich dort noch Überreste von Opfern (v. a. ungarische Jüdinnen und Juden, WiderstandskämpferInnen sowie britische und amerikanische Mili-



Ort der Unruhe von Ernst Logar in der Gruppenausstellung *nicht eingelöst* in der Medienwerkstatt Wien, 2012

tärangehörige) befinden. Daher versteht Logar diesen Ort als „Ort der Unruhe“.

Die installative Arbeit *Ort der Unruhe* wurde Ende 2012 in der *Medienwerkstatt Wien* gezeigt und wird von 8. Mai bis 7. Juli 2013 im *GrazMuseum* (ehemaliges Stadtmuseum Graz) in Graz zu sehen sein.

GEDENKDIENTST: Herr Logar, mit Ihrem Projekt *Ort der Unruhe* haben Sie vergangenes Jahr in Form einer installativen Arbeit ein Nachdenken über das offizielle Gedenken angeregt. In

Ihrem Projekt geht es darum, sich frägend und kritisch mit der Aufarbeitung der Verbrechen in der Grazer *Belgierkaserne* zu beschäftigen. Wie sind Sie zu diesem Thema gekommen?

Ernst Logar: Mein Interesse an diesem Thema hat eine starke persönliche Komponente. 2004 begann ich mich damit auseinanderzusetzen, als ich in der Arbeit *Den Blick hinrichten* die Erschießung meines Großvaters Josef Logar, der am 7. April 1945 im Zuge dieser Verbrechen hingerichtet wurde, in den Mittelpunkt stellte. Bei meinen Recherchen für die-

ses Projekt kam ich zum ersten Mal mit der Geschichte der *Belgierkaserne* und des *Feliferhofs* in Berührung. Den Prozess der historischen Aufarbeitung dieser beiden historischen Orte, der bis in die 1980er Jahre zurückreicht, verfolgte ich von da an mit.

Was findet man heute in Erinnerung an die Ermordeten am Areal der Belgierkaserne?

2005 wurde zum ersten Mal beim Eingangstor bei der *Belgierkaserne* ein Gedenkstein enthüllt, um auf die Verbrechen am Kasernengelände hinzuweisen; dieser Stein wurde auf Anregung eines Militärangehörigen, dessen Vater dort ermordet wurde, aufgestellt. Eine durch Verteidigungsminister Norbert Darabos in Auftrag gegebene Studie, angeregt durch den persönlichen Einsatz einzelner Personen des Militärs als auch Grazer HistorikerInnen, wurde 2008 erarbeitet und stellte fest, dass in drei Bombentrümmern noch menschliche Überreste liegen müssten. 2011 wurde am Kasernengelände ein Gedenkhain eingeweiht, in dem sich ein Gedenkstein und die drei als Zierkieskreise markierten Bombentrümmern befinden, die man durch historische Luftaufnahmen der Alliierten lokalisieren konnte. In Ergänzung zum Gedenkstein von 2005 werden im Text von 2011 die Opfergruppen benannt. Der Text ist

Fortsetzung auf Seite 9

BUNDESPRESSEDIENST ■ ÖSTERREICH

Sie fragen, wir antworten.

- Über die Arbeit der Bundesregierung
- Alles zum Thema Europäische Union
- Unterstützung und Beratung bei Amtswegen

Bürgerinnen- und Bürgerservice

Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 1, 1014 Wien
Servicetelefon 0800 222 666
(gebührenfrei)
Montag bis Freitag: 8 – 18 Uhr
service@bka.gv.at
bundeskanzleramt.at

Servicezentrum HELP.gv.at

Informationen, Beratung und Unterstützung zu E-Government, Handy-Signatur und Bürgerkarte
Ballhausplatz 1 (Eingang Schauflergasse), 1014 Wien
Montag bis Freitag: 9 – 17 Uhr
help.gv.at



Fortsetzung von Seite 8

aber im wahrsten Sinne des Worts nicht in Stein gemeißelt, sondern auf einer Glasplatte angebracht, sodass etwaige neue Forschungsergebnisse eingearbeitet werden könnten.

Welche Überlegungen flossen in die Gestaltung Ihrer installativen Arbeit ein? Wie thematisierten Sie die verschiedenen Ebenen dieses Orts, dieser Geschichte, dieses politischen Prozesses in der Arbeit?

In der *Medienwerkstatt Wien* wurde meine Arbeit *Ort der Unruhe* Ende 2012 erstmals gezeigt. Ich versuchte dabei, zum einen die Geschichte der Aufarbeitung des historischen Orts anhand eines Wandtexts zu rekonstruieren. Zum anderen versuchte ich mit Pressemeldungen seit den 1980er Jahren – also seit es über die Verbrechen eine Diskussion gab – die Entwicklung darzustellen. Im Besonderen widmete ich mich dabei auch den Bestrebungen, Mitte der 1990er Jahre am *Feliferhof* ein Denkmal zu errichten; damals gab es einen ausgeschriebenen Wettbewerb, den Jochen Gerz und Esther Shalev-Gerz gewannen. Nach ein paar Wochen wurde dieses Vorhaben jedoch vom damaligen steirischen Militärkommandanten abgedreht. Zudem sprach ich mit verschiedenen Personen über die historische Aufarbeitung der Verbrechen und die Realisierung des Denkmals, wobei die unterschiedlichen Standpunkte der Beteiligten und Ihrer Institutionen sichtbar werden. Dass bis heute nicht verifiziert ist, ob immer noch menschliche Überreste dort liegen, thematisiere ich in der Installation als besonders problematisch respektive kommt dieser Aspekt auch bei den Interviews, die Teil der Installation sind, zur Sprache.

Würden Sie kritisch sehen, dass es rund um die Gestaltung des Gedenkhains in der *Belgierkaserne* kei-

nen ausgeschriebenen Wettbewerb gab und dass das Bundesheer mit dem Thema kaum an die Öffentlichkeit geht? Sehen Sie hierin ein Symptom für den kaschierenden Umgang mit der Geschichte des Orts, der sich auch im Ergebnis, also dem Gedenkhain, wie er 2011 eröffnet wurde, widerspiegelt?

Ja, denn es fehlen sowohl die notwendige öffentliche als auch eine heeresinterne Auseinandersetzung damit. Um das an einem Beispiel zu illustrieren: ein Tagesoffizier erzählte mir, dass er über den Gedenkhain Bescheid wisse, jedoch darüber in der Zeitung erfahren habe. Das sagt viel über die Beschäftigung des Bundesheeres mit dieser Geschichte aus. Oft, so scheint mir, wird nach außen vermittelt, es gäbe eine offene Diskussion darüber, aber viel passiert nicht. Ein zeitgemäßes Denkmal wäre auch aus diesem Grund ratsam gewesen – so, wie der Vorschlag von Jochen Gerz und Esther Shalev-Gerz: dieser Entwurf griff ein beim Militär übliches Ritual auf, nämlich das Fahnenhissen. Die auf den Fahnen aufgetragenen Texte sollten zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der militärischen Gegenwart auffordern.

Zentral ist in Ihrer Installation der in Anlehnung an Herder abgeänderte Satz „Wenn die Menschen schweigen, so werden die Steine nicht schreien.“ Geht es Ihnen also auch darum, den herkömmlichen Denkmalsbegriff zu hinterfragen und neue Formen des Gedenkens anzuregen?

Ich verwendete in der Installation auch einen Granitsteinkreis, gefüllt mit Zierkies, der den markierten Bombentrichtern in der *Belgierkaserne* nachempfunden ist. Was ich damit ausdrücken wollte, war, dass ein Denkmal zur Reflexion anregen sollte. In diesem Sinne hinterfrage ich den herkömmlichen Denkmalsbegriff, weil Gedenksteine (oder Bombentrichter) nicht zur Interaktion oder Kommunikation anregen, sondern vorerst einen Ort mar-

kieren. Für mich ist klar, dass dies weder eine zeitgemäße Form des Gedenkens noch eine zeitgemäße Denkmalform ist. Zudem wäre die Einbindung der Öffentlichkeit, gerade im Fall der *Belgierkaserne*, zentral. Dass das schwierig ist auf Militärgelände, ist klar, aber das Thema ist von öffentlichem Interesse, daher müsste man darüber nachdenken. Und ein öffentlicher Denkmalwettbewerb würde diese Auseinandersetzung fördern und dementsprechende Lösungen anbieten.

Was an Ihren Arbeiten auffällt ist, dass Sie im Künstlerischen historisch arbeiten. Wie lässt sich das Verhältnis von Künstlerischem und Historischem in Ihrer Arbeit bestimmen?

Das Fundament für eine seriöse Auseinandersetzung mit dem Thema ist, sich mit den historischen Quellen eingehend zu befassen. Ich versuche dabei verschiedene Aspekte der Geschichte herauszuarbeiten, bei denen ich denke, dass sie wichtig und interessant sind. Dies sind Aspekte – man könnte sagen ‚Wahrheiten‘ – die von der Geschichtswissenschaft nicht abgedeckt werden können. Etwa bei meiner Arbeit *Den Blick hinrichten*, in der ich mich mit der Situation der Hinrichtung durch Erschießung in Form einer Rauminstallation auseinandersetze. Hier brachte ich verschiedene Ebenen zusammen, einerseits ‚den Blick hinrichten‘, also hinschauen auf die Zeit des Nationalsozialismus und thematisierte andererseits den Blick des Delinquenten im Zeitpunkt seiner Erschießung, vor dessen Wahrheit sich die Hinrichter schützen wollen und der letztendlich hingerichtet, also zerstört wird. Solche Aspekte kann Kunst transportieren, während der Wissenschaft hier Grenzen gesetzt sind. Ich sehe mich nicht als Historiker, aber ich habe einen historisch-politischen Anspruch, der etwa an meiner Arbeit über die *Kärntner PartisanInnen* sehr deutlich wird.

Wenn Sie den Gedenkort SS-Kaserne Wetzelsdorf umgestalten oder er-

gänzen könnten, wie würden Sie das machen?

Etwas Konkretes kann ich aus dem Stehgreif nicht formulieren. Das Denkmal sollte jedenfalls einen Kommunikationsprozess anregen, denn der Gedenkhain ist eine bloße Markierung, eine Rettung vor dem Vergessen. Ein Denkmal jedoch müsste der Komplexität des Orts – als Tatort, als Friedhof, als militärisches Gelände – gerecht werden, mit allen Widersprüchen. Wie schon vorher erwähnt, würde ich einen Denkmalwettbewerb ausschreiben. Und vorab sollte abgeklärt werden, ob sich dort nun noch menschliche Überreste befinden.

Was ‚kann‘ Kunst – politisch, historisch, gesellschaftlich – und was ist die besondere Qualität von Kunst in Bezug auf die Aufarbeitung der NS-Verbrechen? Was kann man mithilfe der Kunst ‚sagen‘, was mit anderen Mitteln schwer vermittelbar oder überhaupt kommunizierbar wäre?

Kunst kann immer nur so viel, wie ihr die Gesellschaft zuweist oder sag- und denkbar macht. Als Künstler kann ich bestimmte Aspekte herausarbeiten, die sich für mich mit einem bestimmten Objektivitätsanspruch verbinden. Kunst kann gewisse Dinge verdichten, wie ich in Bezug auf *Den Blick hinrichten* ja schon erklärte. Die Stärke der Kunst ist also, dass sie auch Ebenen, die nicht objektivierbar sind, verhandeln kann, die andere Bereiche, insbesondere die Wissenschaften, nicht berücksichtigen können. Was die Kunst zudem kann, ist, dass sie Geschichte womöglich mit allen Sinnen, also, wenn man so will ‚körperlich‘, erfahrbar macht und so einen Ausgangspunkt für einen intensiven Diskussions- und Reflexionsprozess anregen kann.

Herr Logar, vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Adina Seeger.

Denk mal! – Erinnerungskultur in Vorarlberg

„Für mich ist ‚Denkmal‘ ein lebenslanger Imperativ, der aus zwei Wörtern besteht.“
Fritz Grünbaum (1880-1941)

Die Gedenklandschaft Vorarlbergs hat sich seit den 1980er Jahren – befördert vor allem durch die Gründung der *Johann-August-Malin-Gesellschaft* und die Eröffnung des *Jüdischen Museums Hohenems* stark verändert. Seither wurden regional- und lokalgeschichtliche Themen im öffentlichen Diskurs verhandelt, was eine gesellschaftliche Sensibilisierung nach sich zog. Diese positive Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bis heute Lücken in der lokalen Erinnerungskultur vorhanden sind. Dass etwa Denkmäler für Frauen unterrepräsentiert sind, gilt es kritisch zu hinterfragen. Davon abgesehen sind in den letzten Jahren bemerkenswert viele Gedenkstätten in Vorarlberg eingeweiht worden – nachstehend werden einige von ihnen vorgestellt.

Erinnerung heute: eine Bestandsaufnahme anhand von vier Beispielen

Denkmäler dienen als Orte der Besinnung, des Nachdenkens und der Refle-

xion, sie dürfen irritieren und aufrütteln. Wie Fritz Grünbaum formulierte, können sie als Imperativ verstanden werden, als Lehre für die Gegenwart und als Mahnung für die Zukunft.

In jüngster Vergangenheit wurde Vorarlbergs Gedenklandschaft durch die Errichtung einiger neuer Erinnerungsstätten bereichert. Nicht unwesentlich zu diesem gesteigerten Erinnerungsbedürfnis hat dabei wohl die Seligsprechung des Provikars Carl Lampert am 13. November 2011 in Dornbirn beigetragen.

Layer: ein Denkort, kein Heldendenkmal für Carl Lampert (Dornbirn)

Geboren 1894 in Göfis, erhielt der von der katholischen Kirche als ‚Glaubensmartyrer‘ seliggesprochene Carl Lampert im Jahr 1918 die Priesterweihe. Seine erste Dienststelle trat er als Kaplan in der St. Martin Kirche in Dornbirn an, wo am 11. November 2012 der *Denkort Layer* eingeweiht wurde. 1939 zum Provikar der Apostolischen Administration Innsbruck-Feldkirch ernannt, setzte er sich vehement für kirchliche Anliegen ein, weshalb er bald in Konflikt mit der

örtlichen Gauleitung kam. Nach seiner ersten Verhaftung 1940 erhielt er ‚Gauverbot‘ und wurde nach Stettin zwangsversetzt. Dort setzte man einen Gestapo-Spitzel auf ihn an, der ihn später der Feindbegünstigung und des Spionageversuchs bezichtigte. Im Februar 1943 erneut verhaftet, wurde er zum Tode verurteilt und nach monatelanger Kerkerhaft im November 1944 in Halle (Saale) hingerichtet.¹

Der Künstler Hubert Matt entwarf auf Initiative der Pfarre St. Martin, der Stadt Dornbirn und der Diözese den *Denkort Layer*. Mit seinem Titel soll er auf die Vielschichtigkeit des gesellschaftlichen Systems verweisen. Sieben Betonröhren mit Betondeckeln wurden dazu von Matt in Form eines siebenseitigen Polygons im Vorgarten des Pfarramts St. Martin eingegraben. Das Gelände, auf welchem sich die Installation befindet, ist uneben, die sieben Röhren bilden dort eine imaginäre plane Fläche. „Die Begründung des Ortes ist nur angedacht, die Differenz bleibt offen.“² Der *Denkort Layer* konfrontiert die Betrachter/-innen mit sichtbar und unsichtbar vernetzten Systemen und regt dazu an, über vermeintlich klare gesellschaftliche Strukturen nachzudenken.³

Ernst Volkmann – Dem Deserteur eine Halte-Steile (Bregenz)

69 Jahre nach seiner Hinrichtung, wurde dem ‚standhaften‘ Katholiken und österreichischen Patrioten Ernst Volkmann, der sich geweigert hatte, auf Adolf Hitler den Fahneneid zu leisten und in den Krieg zu ziehen, im November 2010 ein Denkmal gewidmet. Die im Stil einer Bregenzer Bushaltestelle gehaltene Stele des Künstlers Georg Vith soll den gewohnten Alltag der Passant/-innen vermitteln, bei genauer Betrachtung jedoch auf Grund der anstelle von Abfahrtszeiten angegebenen biografischen Daten Ernst Volkmanns irritieren.⁴ Der Deserteur, der in der Wehrdienstleistung für Hitler-Deutschland „eine Vergewaltigung seiner sittlichen Freiheit“⁵ sah, beschloss für seine Haltung zu sterben. „Die Halte-Steile ist Sinnbild für die Entscheidung, die mit jeder Reise verbunden ist“,⁶ so Vith. Die Wahl des Standorts fiel auf den Platz neben dem Bregenzer Kriegerdenkmal, auf dem jahrzehntelang der Name Volk-

Fortsetzung auf Seite 10

Die ‚Halte-Stele‘ im Gedenken an den Deserteur Ernst Volkmann in Bregenz; rechts davon, von Schnee bedeckt, ist das Kriegerdenkmal zu sehen, das Gefallene aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ehrt.



Fortsetzung von Seite 9

manns unkommentiert unter den gefallenen Soldaten des Jahres 1941 zu lesen war.

Die Gedenkstele ergänzt eine im September 2007 an der Außenmauer der Pfarrkirche St. Gallus installierte Messingtafel, die sich in unmittelbarer Nähe der neuen Gedenkstätte befindet. Gemeinsam korrigieren sie das Bild des Deserteurs und zeigen kritisch die fragwürdige österreichische Gedenkkultur gegenüber NS-Justizopfern auf.

Paul Grüninger – Eine Brücke für den Helfer (Hohenems-Diepoldsau)

Im Andenken an den St. Galler Polizeikommandanten Paul Grüninger, der von 1938 bis 1939 Hunderten Flüchtlingen das Leben rettete, indem er sie illegal in die Schweiz einreisen ließ, erfolgte am 6. Mai 2012 die feierliche Umbenennung des Grenzübergangs Hohenems-Diepoldsau in *Paul Grüninger Brücke*. Auf Initiative der St. Galler und Vorarlberger Grünen wurde somit einem Mann, dem jahrelang für sein mutiges Verhalten keinerlei Anerkennung zukam, im Rheintal ein Denkmal gesetzt. Die Brücke soll die Menschen und ihre gemeinsame Geschichte diesseits und jenseits des Rheins, aber auch Vergangenheit und Gegenwart, miteinander verbinden.⁷

Grüninger wurde bereits im Frühjahr 1939, nachdem sich der Chef der Polizeiabteilung im *Eidgenössischen Justiz- und Polizei Dienst* (EJPD), Heinrich Rothmund, bei der St. Galler Kantonsregierung über den „unkontrollierten Zustrom jüdischer Flüchtlinge in die Schweiz“⁸ beschwert hatte, seines Amtes enthoben, fristlos entlassen und wegen Amtspflichtverletzung und Urkundenfälschung vom Bezirksgericht St. Gallen verurteilt. Erst 1995 erfolgte, nach langjährigem Einsatz einzelner sozialde-

mokratischer Politiker/-innen, die Aufhebung des Urteils gegen Grüninger und somit seine posthume, rechtliche Rehabilitierung.⁹

Nebst zwei Straßenschildern befindet sich eine Erinnerungstafel auf der Brücke. Letztere wurde diesen Februar aus bis dato unerfindlichen Gründen abgerissen und in den Rhein geworfen. Es ist von Vandalismus auszugehen, wobei laut Schweizer Polizei beim jetzigen Stand der Ermittlungen noch nicht von einer bestimmten Tätergruppe gesprochen werden könne.¹⁰ Die Vorarlberger Grünen hingegen vermuten hinter der Tat einen „rechtsextremen Akt“.¹¹ Mitte März wurde die Tafel wieder an ihrem ursprünglichen Platz auf der Brücke angebracht.

Erinnerungszeichen Fontanella-Faschina für Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen

In Reaktion auf im Sommer 2011 gefundene, von Kriegsgefangenen behauene Steine, hat sich in Fontanella eine Initiatorgruppe um die Walsler Mundartexpertin Elisabeth Burtcher formiert, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter/-innen, welche in den Jahren 1940 bis 1945 zum Bau der Faschinastraße und für landwirtschaftliche Arbeit herangezogen wurden, im Großen Walsertal ein Denkmal zu setzen.

Der Künstler Hubert Lampert, der mit seinem Konzept, welches vier behauene Steine integriert und mit religiöser Symbolik arbeitet, die Initiator/-innen überzeugte, übernimmt die Gestaltung des Gedenkortes.¹² Die Erinnerungszeichen, wie sie im Herbst 2013 in Fontanella enthüllt werden sollen, sind in ihrer Art in Vorarlberg einzigartig. 2008 wurde in der Barbarakapelle auf der Bielerhöhe eine Gedenktafel für die verstorbenen Zwangsarbeiter der Illwerke angebracht. Daneben hat Silbertal (Montafon) im November 2010 einen Erinnerungsplatz errichtet, der nicht nur den gefallenen Soldaten der beiden Weltkriege, sondern allen jenen Menschen gewidmet ist, die in Silbertal zu NS-Opfern geworden sind.¹³

Gelebte Erinnerungskultur, vereinzelt ‚Schlussstrich‘-Stimmen

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Fritz Grünbaums „Denk mal!“ nicht an Aktualität verloren hat. Das Bedürfnis der breiten Bevölkerung, einzelne Mitbürger/-innen oder Personengruppen mittels Denkmälern zu würdigen, ist ungebrochen. Als Indiz einer sich verändernden Erinnerungskultur können die Erweiterung der Gedenklanschaft durch neue Erinnerungsstätten sowie

die damit einhergehenden Rahmenprogramme gedeutet werden. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass noch in diesem Jahr – auf Initiative der *Malingesellschaft* und der Vorarlberger Grünen – die Realisierung eines Deserteursdenkmals in Bregenz angedacht ist.

Bei aller Euphorie darf jedoch nicht übersehen werden, dass sich auch Stimmen des Ressentiments in Vorarlberg immer wieder zu Wort melden. Diese machen ihrem Unmut auffallend oft in Onlineportalen und Leserbriefrubriken lokaler Medien Luft. Nicht selten ist der Tenor dort von grundsätzlicher Ablehnung jeglicher Art des Gedenkens und der Forderung, einen ‚Schlussstrich‘ zu ziehen, geprägt. Dass Denkmäler nicht alleine der Erinnerung an Geschehenes dienen, sondern auch den Blick für gegenwärtige und zukünftige Verhältnisse schärfen können, wird hierbei in der Regel übersehen.

Bedauerlicherweise sind auch schon gewaltsame Vandalismus-Akte zu verzeichnen gewesen, die in ihrer Form und Symbolik auf einen rechtsradikalen Hintergrund hinweisen: Im Sommer 2012 wurden am Jüdischen Friedhof Hohenems mehrere Grabsteine umgeworfen. Die regen Erinnerungsbemühungen in Vorarlberg lassen aber dennoch hoffen, dass Fritz Grünbaums „Denk mal!“ lebendig bleibt, die noch vorhandenen Gedächtnislücken bald geschlossen werden und rechtsradikale Vorfälle zurückgehen.

Christine Jost

1984 in Hohenems geboren, Studium der Bildungswissenschaft in Wien, derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Jüdischen Museum Hohenems*.

1 Vgl. <http://www.kath-kirche-vorarlberg.at/organisation/projekt-seligspredung/links-dateien/Biographie.pdf> (11.03.2013).

2 <http://www.st-martin-dornbirn.at/carl-lampert/denkort-layer.aspx> (11.03.2013).

3 Vgl. ebd.

4 Vgl. <http://vbgv1.orf.at/stories/481647> (11.03.2013).

5 <http://malingesellschaft.at/aktuell/veranstaltungen/gedenktafel-fur-ernst-volkmann> (11.03.2013).

6 <http://www.kath-kirche-vorarlberg.at/organisation/projekt-seligspredung/artikel/gedenktafel-fuer-ernst-volkmann> (11.03.2013).

7 Vgl. <http://www.malingesellschaft.at/aktuell/meldung-1/05.07.2011-eine-bruecke-fur-den-lebensretter-paul-grueninge> (11.03.2013).

8 Wulff Bickenbach, *Gerechtigkeit für Paul Grüninger. Verurteilung und Rehabilitierung eines Schweizer Fluchthelfers (1938-1998)*, Köln u. a., 2009.

9 Harald Walsler, *Paul Grüninger – Wenn Widerstand zur Pflicht wird*, in: *Neue am Sonntag* vom 29. April 2012, 36-37, hier 36 f.

10 Vgl. <http://www.vol.at/fontanella-zwangsarbeit-in-faschina-und-fontanella/3424487> (11.03.2013).

11 http://vorarlberg.gruene.at/demokratie_kontrolle/artikel/lesen/88087/ (19.03.2013).

12 Vgl. <http://www.vol.at/fontanella-zwangsarbeit-in-faschina-und-fontanella/3424487> (11.03.2013).

13 Vgl. Bruno Winkler, *Disparate Erinnerungswelten im Dorf – Silbertal bekommt einen Erinnerungsplatz, hat Respekt gewonnen und Gewissheit verloren*, in: *Kultur* 9/2010, 54-55, hier 54 f.

Post aus...

Fürstenberg an der Havel

Fürstenberg an der Havel,
Februar 2013

Etwa ein halbes Jahr ist es her, als ich die ersten Schritte durch Fürstenberg an der Havel machte und den Weg zur Gedenkstätte des ehemaligen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück suchte – zu einem Ort, an dem zwischen 1939 und 1945 circa 132.000 Frauen, 20.000 Männer und 1.000 weibliche Jugendliche inhaftiert waren und Zehntausende ermordet wurden. Ganz alleine war ich unterwegs, da der Verein GEDENKDIENTST diese Stelle erst seit letztem Jahr besichtigt und ich somit hier der erste Gedenkdiener bin. Und so wenig ich die Strecke kannte, so wusste ich auch nicht, wer mich in Ravensbrück erwarten würde. Mir wurde nur erzählt, dass es mir mit Matthias Heyl und seinem pädagogischen Team sicherlich gefallen würde und genau so kam es, vom ersten Tag an.

Meine Arbeit besteht momentan darin, den E-Mail-Verkehr der *Pädagogischen Dienste* mit zu betreuen, Workshops vorzubereiten, verschiedene Themen zu recherchieren und im Allgemeinen die Abteilung zu unterstützen. Manchmal sieht diese Unterstützung leider so aus, dass ich Listen führe, Feedbackbögen transkribiere, oder Kopierarbeiten erledige. Aber selbst diese Arbeit geht leicht von der Hand, weil die Stimmung hier sehr gut ist.

Es gab auch schon einige Höhepunkte, wie etwa die *Europäische Sommer-Universität Ravensbrück 2012* oder eine Benefizveranstaltung, die ich in der Österreichischen Botschaft in Berlin organisierte. Das Folgende gefiel mir ganz besonders: Ende Jänner nahm ich an einer Jugendbegegnung des deutschen Bundestags in Kiew teil, bei der Jugendliche aus der ganzen Welt zusammentrafen, die sich in der Erinnerungsarbeit engagieren. Wir beschäftigten uns mit der Geschichts- und Erinnerungspolitik der Ukraine und den Verbrechen der Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten, die auf dem Gebiet der heutigen Ukraine stattgefunden haben, schauten uns das *Nationale Museum der Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges* an, hatten mehrere Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und besuchten den Gedenkort Babyn Jar – eine Schlucht, die der Schauplatz der größten einzelnen Mordaktion im Zweiten Weltkrieg war.

Hier in Ravensbrück läuft es also sehr gut. Ich würde mir wünschen, dass es solche Jugendbegegnungen auch von österreichischer Seite gäbe!

Florian Jordan

Leistet derzeit Gedenkdiener in der pädagogischen Abteilung an der *Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück*.

Erratum

In der Ausgabe 3/2012 ist uns ein Fehler unterlaufen: In der Rezension des Buchs *Die Freiheit kam im Mai* von Iakovos Kambanellis (siehe *GEDENKDIENTST* 3/2012, S. 7) haben wir verabsäumt, die Übersetzerin der erstmals aus dem Griechischen ins Deutsche übertragenen Monografie, Elena Strubakis, zu nennen.

Wir bedauern dieses Versehen und möchten uns dafür bei Frau Strubakis entschuldigen.

Die Redaktion

vor.gelesen|rezensionen

Flucht aus dem Todesblock. Der Massenausbruch sowjetischer Offiziere aus dem Block 20 des KZ Mauthausen und die „Mühlviertler Hasenjagd“. Hintergründe, Folgen, Aufarbeitung

Matthias Kaltenbrunner, StudienVerlag, Innsbruck 2012



Nachdem 1941/42 schon circa zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene der gezielten Vernichtungspolitik Deutschlands zum Opfer gefallen waren, beschloss die deutsche Führung, ihre Mordpolitik gegenüber Angehörigen der Roten Armee mit dem sogenannten ‚Kugelerlass‘ 1944 fortzusetzen: deutsche Behörden sollten fortan kriegsgefangene sowjetische Offiziere, die Fluchtversuche begingen, in das Konzentrationslager Mauthausen überstellen. Hier würden Lagerleitung und Wachmannschaft diese ‚K-Häftlinge‘ im Block 20 (auch ‚Todesblock‘ genannt) entweder misshandeln, erschießen oder verhungern lassen. Die in Mauthausen festgehaltenen sowjetischen Offiziere waren die einzigen Häftlinge, denen ein Massenausbruch aus einem Konzentrationslager gelang. In den Wochen nach dem Ausbruch im Februar 1945 kam es im umliegenden Mühlviertel zu einer Menschenjagd, im Zuge derer die SS-Wachmannschaften des Lagers und die im Umfeld ansässige Zivilbevölkerung die Häftlinge jagten und ermordeten. Dieses Massaker ist heute unter dem Begriff ‚Mühlviertler Hasenjagd‘ bekannt.

Mit der Monografie *Flucht aus dem Todesblock* liefert Matthias Kaltenbrunner nun erstmals eine umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung dieser Ereignisse, ihres historischen Kontexts sowie der Aufarbeitung in Österreich und der Sowjetunion – sowohl in juristischer als auch erinnerungspolitischer Hinsicht. Der wohl interessanteste Teil seiner Studie behandelt die Aufarbeitung der Konstruktion der historischen „Meistererzählung“ durch sechs der acht heute bekannten Überlebenden, die bis heute den narrativen Rahmen der Erinnerung an die Massenflucht bildet. Den Überlebenden war es erst in der sogenannten ‚Taufperiode‘ möglich, über ihre Erlebnisse zu berichten. Dank der russischen Journalistin Ariadna Sergeevna Jurkova, die sich um die Rehabilitation ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener bemühte, war es den Überlebenden des Mühlviertler Massakers erstmals möglich, ihre Geschichte der Öffentlichkeit unter anderem in Zeitungsartikeln oder öffentlichen Auftritten zu präsentieren. Diese ist allerdings, wie Matthias Kaltenbrunner herausarbeitet, eine „Meistererzählung“, die Anfang der 1960er Jahre von den genannten sechs Überlebenden bei einem gemeinsamen Treffen beschlossen wurde und wahrscheinlich nicht in allen Einzelheiten den historischen Tatsachen entspricht. Vielmehr ist sie sowohl durch den Konflikt zwischen den organisierten Gruppen der Funktionshäftlinge und sowjetischen Luftwaffenoffizieren im Block 20 als auch durch die sehr stark auf gewisse Tropen zurückgreifende sowjetische Erinnerungskultur an die Konzentrationslager geprägt ist.

Flucht aus dem Todesblock liefert damit nicht nur die umfassende Aufarbeitung eines historisch einzigartigen Ereignisses und der Erinnerung daran, sondern auch ein ungewöhnliches Beispiel dafür, wie historische Narrative konstruiert werden. Diese Monografie bietet somit allen, die sich mit nationalsozialistischen Verbrechen sowie ihrer Aufarbeitung und mit Erinnerungskultur beschäftigen, eine interessante und erkenntnisreiche Lektüre.

Johannes Breit

Ariadne 59 (2011). Gedenken und Erinnern. Perspektiven der Aufarbeitung des Nationalsozialismus

Stiftung Archiv der Deutschen Frauenbewegung, Kassel 2011

In der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und in Historisierungsprozessen der Nachkriegsgesellschaften spielen Geschlechterkonstruktionen eine entscheidende Rolle, so die zentrale Aussage der Redakteurinnen Silke Mehrwald und Laura Schibbe im Vorwort der im Mai 2011 erschienenen Ausgabe von *Die Ariadne*. *Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte*. Sie erscheint seit 1985 und widmet sich Emanzipationsbestrebungen des 19. und 20. Jahrhunderts.

Die vorliegende Ausgabe will aus der Perspektive der Geschlechterforschung die Gedächtniskonstruktionen in Nachkriegsgesellschaften analysieren und versucht in neun Beiträgen einen Querschnitt aus derzeit aktuellen Forschungsthemen zu präsentieren. Sie alle streben nicht an, die bisherige Geschichtsschreibung ‚auf den Kopf zu stellen‘, sondern wollen den geschlechtersensiblen Ansatz als Erweiterung im wissenschaftlichen Mainstream etablieren.

Aus der Fülle der Beiträge sei hier Insa Eschebachs Artikel *Homophobie, Devianz und weibliche Homosexualität* hervorgehoben, der für die Bildungsarbeit besondere Relevanz hat. Zu oft stellt sich nämlich in der Praxis heraus, dass der differenzierte Blick der Geschlechterforschung nicht in der Gedenkstättenpädagogik angekommen zu sein scheint.

Eschebach untersucht Berichte ehemaliger Insassinnen ebenso wie die Gedenkpraxis der *Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück*. Diese ist als größtes ehemaliges Frauen-KZ bekannt und besonders in den letzten Jahren in den Fokus der Genderforschung gerückt. In kaum einem Erinnerungsbericht von Überlebenden, so die Autorin, komme weibliche Homosexualität positiv konnotiert vor: lesbisches Verhalten sei in der Lagergemeinschaft stigmatisiert worden – es galt etwa als Merkmal der sogenannten ‚Kriminellen‘ oder wurde ‚deutschen‘ Frauen zugeschrieben. Weit verbreitet war auch die Darstellung von Homosexualität als ‚Krankheit‘, die auf Deutungsmuster des 19. Jahrhunderts zurückgeht.

Bis in die 1980er Jahre erinnerte die Gedenkstätte an ein Bild der entsexualisierten Frau und Mutter. Erst die politische Homosexuellenbewegungen lenkte die öffentliche Aufmerksamkeit lesbischen Häftlingen zu. Seitdem ist die Erinnerung an Schwule und Lesben Teil des offiziellen Gedenkens in Ravensbrück. Sie konstatiert, dass dem lange gegenwärtigen Müttertopos des Gedenkens in Ravensbrück ein Bild der „unangepassten Weiblichkeit“, wie weibliche Homosexualität, entgegengestellt wird, das Homogenität aber wiederum dort konstruiert, wo es sich um unterschiedliche soziale Gruppen handelt. Die Herausforderung an Gedenkstätten sei daher, solchen Vereinfachungen, die Identitätspolitiken immanent sind, entgegenzuarbeiten und eine Vielfalt der Erinnerungen anzuerkennen.

Die Stärke dieser Ausgabe der *Ariadne* ist es, auf nur 82 Seiten eine Vielzahl von Themen anzuschneiden, in denen die Frage nach Geschlechterkonstruktionen noch nicht vom Mainstream der historischen NS-Forschung aufgenommen wurde, seien es Frauen als SS-Helferinnen oder Frauen in der westdeutschen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Oft scheint jedoch der Begriff Geschlecht auf die Kategorien Frau und Weiblichkeit begrenzt zu sein – Männlichkeitskonstruktionen werden nicht analysiert, was dem Anspruch einer ganzheitlichen Analyse der Geschlechterbegriffe entgegenläuft.

Lukas Dünser

Stalins Soldaten in Österreich. Die Innensicht der sowjetischen Besatzung 1945-1955

Barbara Stelzl-Marx, Böhlau Verlag, Wien 2012



„Vor den Russen hatten wir panische Angst!“ Derlei Aussagen prägen die Erinnerung an sowjetische Alliierte in Österreich. Diesem Stereotyp geht die Zeithistorikerin Barbara Stelzl-Marx, stellvertretende Institutsleiterin des *Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung*, in ihrer Habilitationsschrift auf den Grund. Sie zeichnet ein weit-

flächiges Bild der sowjetischen Besatzung in Österreich: vom Kriegsende und der Funktion des Besatzungsapparats ausgehend bietet es Einblick in das Leben der Besatzungsangehörigen – darunter Militärs, Diplomaten, Geheimdienstler, Journalisten, Dolmetscher, Erdölspezialisten sowie deren Familien – und reicht bis zur retrospektiven Auseinandersetzung von ZeitzeugInnen, etwa Veteranen, mit ihren Erfahrungen während der Besatzungszeit.

Neu daran: der Fokus auf die sowjetische Perspektive. Aus Sicht der Roten Armee wird die makro- und, erstmals detailliert, die mikrogeschichtliche Ebene der Besatzung dargestellt. Beschrieben werden sowohl die für die Stationierung ausschlaggebende Politik, Verwaltung, Wirtschaft und der Geheimdienst sowie unterschiedlichste persönliche Alltagserfahrungen der RotarmistInnen.

Das erste Kapitel behandelt den Besatzungsapparat in politischer, struktureller, organisatorischer wie auch personeller Hinsicht. Stelzl-Marx steckt damit den Rahmen für die Erlebnisse und Wahrnehmungen der sowjetischen Besatzungsangehörigen ab. Im nächsten Kapitel wird das sowjetische Alltagsleben in Österreich unter die Lupe genommen, etwa Disziplinar- und Strafmaßnahmen wegen Plünderungen, Vergewaltigungen, Trunksucht, Desertion, Mord oder Spionage. Aber auch die nach wie vor tabuisierten Beziehungen zwischen sowjetischen Militärangehörigen und Österreicherinnen – sowohl gewalttätiger als auch romantischer Natur – werden mit viel Feingefühl thematisiert. Das dritte Hauptkapitel fasst die unterschiedlichen Formen der Erinnerung mit Bild-, Interview- und Pressematerial zusammen (z. B. die Armeezeitung der *Zentralen Gruppe der Streitkräfte*). Das umfangreiche Oral-History-Material zeigt Tabus, Stereotype und Topoi in der Erinnerung beziehungsweise in der Erfahrungsverarbeitung von ehemaligen sowjetischen Besatzungsangehörigen.

Die Interpretation des rezenten und vielseitigen Quellenkorpus großteils aus Moskauer Archiven und von Stelzl-Marx selbst produzierten Oral-History-Quellen ist mit den drei Hauptkapiteln klar strukturiert. Die Sprache ist nicht trocken, die Abbildungen gut platziert und der ausführliche Anhang benutzerfreundlich gestaltet mit Abkürzung-, Quellen-, Literatur- und Filmverzeichnis sowie Personen-, Orts- und erfreulicherweise einem Sachregister.

Das Themenfeld ist lange nicht ausgeschöpft, doch Stelzl-Marx liefert mit diesem Buch eine bemerkenswerte Erweiterung des Forschungsstands. Es ist ein politik-, militär-, wirtschafts-, sozial- und genderhistorisches sowie erinnerungskulturelles Mammutwerk zur österreichischen Nachkriegsgeschichte, das auch als Nachschlagewerk herangezogen werden kann. Zwar mag der gewaltige Umfang (865 Seiten) besonders auf Studierende einschüchternd wirken, doch in gut lesbarem Stil legt Stelzl-Marx eine hochwertige wissenschaftliche Darstellung der Vorgänge innerhalb der Roten Armee sowie der gegenseitigen Beeinflussung mit der österreichischen Zivilgesellschaft vor. Ein sehr düster konnotiertes Kapitel österreichischer Vergangenheit wird hier HistorikerInnen, Geschichtestudierenden und historisch Interessierten wissenschaftlich, bildhaft und packend zugänglich gemacht.

Florentine Kastner

Geh Denken!

Eine Veranstaltungsreihe des Vereins **GEDENKDIENTST**

Freitag, 15. März 2013

Austrofaschismus und Arbeiterschaft

Emmerich Tálos

Der Austrofaschismus endete 1938 in einem politischen und sozialen Desaster. Die Arbeiterschaft war davon besonders betroffen. Im Vortrag werden zum einen die materiellen und sozialen Bedingungen der Arbeiterschaft, zum anderen die weitgehend erfolglos gebliebenen Integrationsbemühungen der austrofaschistischen Diktatur aufgezeigt.

Emmerich Tálos studierte Katholische Theologie und Geschichte in Wien und Tübingen und ist *Postgraduate* der Politikwissenschaft am *Institut für Höhere Studien* in Wien. 1983 wurde er Professor für Politikwissenschaft am *Institut für Politikwissenschaft* und am *Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien* und ist seit Oktober 2009 im Ruhestand.

Dienstag, 9. April 2013

Das ‚Anhaltelager‘ Wöllersdorf

Pia Schölnberger

Ein wichtiges Element der Repressionsmaßnahmen gegen politisch Oppositionelle im Austrofaschismus stellten die ‚Anhaltelager‘ dar, deren größtes im September 1933 auf dem Gelände der ehemaligen k. u. k. Munitionsfabrik Wöllersdorf (NÖ) eingerichtet wurde. Mithilfe einer Regierungsverordnung konnten Parteiangehörige der KPÖ, NSDAP und – nach den Februarkämpfen 1934 – auch der SDAP aufgrund verbotener politischer Betätigung ‚vorbeugend‘ interniert werden. Vor dem Hintergrund politischer sowie rechtlicher Rahmenbedingungen beschäftigte sich der Vortrag mit den Lagerstrukturen, dem Alltag im ‚Anhaltelager‘, den Häftlingskollektiven sowie der Entwicklung des ‚Anhaltelagers‘ bis zu seiner Auflösung infolge des ‚Anschlusses‘ 1938.

Pia Schölnberger ist derzeit als Provenienzforscherin im Auftrag der *Kommission für Provenienzforschung* in der *Albertina* tätig. 2012 hat sie ihre Dissertation über das ‚Anhaltelager‘ Wöllersdorf abgeschlossen.

Freitag, 3. Mai 2013

Buchpräsentation: Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes

Florian Wenninger und Lucile Dreidemy

Die Diktatur Dollfuß/Schuschnigg 1933-1938 ist bis heute eine der umstrittensten Phasen der österreichi-

schen Geschichte. In insgesamt 23 Beiträgen eines neu erschienenen Bandes, herausgegeben von Florian Wenninger und Lucile Dreidemy, unternehmen WissenschaftlerInnen nun den Versuch, eine Bilanz der bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu ziehen und Perspektiven künftiger Forschungsarbeit zu entwickeln. Von Interesse sind dabei offene Fragen ebenso wie methodische Ansätze und bislang vernachlässigte Quellen. Behandelt werden neben politischen und sozialen Aspekten auch ökonomische, militärische und regionale Themen.

Florian Wenninger und Lucile Dreidemy, MitarbeiterInnen am *Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien*, HerausgeberInnen des Bandes *Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes* (Böhlau Verlag, Wien 2013).

Mittwoch, 12. Juni 2013

Österreich vor Gericht. Wer war schuld am ‚Anschluss‘ Österreichs an das ‚Deutsche Reich‘?

Magdalena Neumüller

Eine Frage, die für Sprengstoff sorgt – bis heute existieren dazu polarisierende Interpretationen: Während die einen eine ‚österreichische‘ Verantwortung an Einzelpersonen festmachen oder die Geschichte erst mit dem 12. März 1938 zu erzählen beginnen, erklären andere die Schuld zu einer Systemfrage und sehen den Austrofaschismus als Wegbereiter für den Nationalsozialismus in Österreich.

1947 wurde dem austrofaschistischen Staatssekretär für Äußeres, Guido Schmidt, in einem Hochverratsprozess vor einem österreichischen Volksgericht die Schuld am ‚Anschluss‘ angelastet. Die Diskussion, warum dies geschah, wie der Prozess gegen Guido Schmidt geführt und weshalb er freigesprochen wurde, erlaubt nicht nur Einblicke in die politische Situation Österreichs vor 1938, sondern auch vor allem in der Zeit ab 1945 und zeigt die bis heute anhaltende politische Brisanz des Themas.

Magdalena Neumüller ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Projektmitarbeiterin am *Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien*.

VERANSTALTUNGSORT: Depot

Breite Gasse 3, 1070 Wien
Beginn 19.00 Uhr

Studienfahrt nach Prag und Theresienstadt/Terezín

Ab November 1941 wurde die vor-malige Garnisonsstadt Theresienstadt, die etwa 60 Kilometer von Prag entfernt liegt, zu einem Ghetto für Jüdinnen und Juden aus Westeuropa umgebaut. Die nationalsozialistische Propaganda inszenierte Theresienstadt als ‚jüdisch-bolschewistisches Siedlungsgebiet‘, in der prominente, alte und ‚verdiente‘ als jüdisch verfolgte Personen sowie sogenannte Mischlinge ‚selbstverwaltet‘ leben sollten. Die Realität des Lageralltags in Theresienstadt sah freilich anders aus. Das Kunst- und Kulturprogramm im Theresienstädter Ghetto lässt sich ohne Wissen um die propagandistischen Absichten der nationalsozialistischen Führung nicht kontextualisieren. Zugleich zeigt es auch Formen des individuellen und des organisierten Widerstands auf.

In der österreichischen Erinnerung spielt Theresienstadt bis heute nur eine geringe Rolle. Doch waren es die in Wien ausgebildeten ‚Eichmann-Männer‘, die ihre Deportationspläne dort in die Tat umsetzen. Die drei Lagerkommandanten sowie rund die Hälfte des SS-Personals kamen aus Österreich und etwa 17.000 ÖsterreicherInnen wurden nach Theresienstadt deportiert.

Unsere Studienfahrt nimmt Ausgang vom historischen Ort: dem ehemaligen Ghetto und dem Gestapo-Gefängnis

9. bis 12. Mai 2013

Teilnahmebeitrag: 300 Euro pro Person (inkludiert An- und Abreise, Unterkunft, Verpflegung, sämtliche Eintritte, Begleitung und Organisation), Einzelzimmerzuschlag einmalig 15 Euro.

Anmeldung und weitere Informationen unter www.studienfahrten.at oder telefonisch unter 01/5810490.

Ein Informationsabend zur Fahrt findet am Dienstag, 9. April 2013, um 19.00 Uhr in der VHS Hietzing statt.



Veranstaltet vom Verein **GEDENKDIENTST** in Kooperation mit den **Wiener Volkshochschulen**.

Kleine Festung sowie der Geschichte der nationalsozialistischen Okkupation des Reichsprotektorates Böhmen und Mähren. Darauf aufbauend wollen wir auch die Transformationen, die der Ort nach 1945 und mit der Erinnerungszäsur 1989 erfahren hat, in einem geschichtspolitischen Kontext beleuchten. In Prag gehen wir der Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung von sogenannten ‚Zigeunern‘ und der Situation von Roma und Sinti im heutigen Tschechien nach.



Mit freundlicher Unterstützung durch:

